

# GRAPHISCHE PRESSE

**ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.**

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

**Redaktion:** Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsassstr. 86-98 III  
Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24.  
Telephon: Amt Norden, 4268. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Schkenditz, Augustastraße 8. — Redaktionsschluß: Montag.

**Insertion.** Für die viergespaltene Preitzelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Betlagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

## Inhalt.

**Hauptteil:** Bekanntmachungen. Zum Redaktionswechsel. Rundschau. Soziale Monatschau. Mittel und Ziele der Gewerkschaften, I. Scharfmacherhoffnungen und -Sorgen. — **Allgemeines:** Gewerkschafts- und Fachorgan. Unsere schweizerische Bruderorganisation im Jahre 1913. Heiß contra Bau- und Barthele. Brief aus Oberschlesien. — **Die photomech. Fächer:** Nach der Kampagne, III. Aus den Sektionen: Cöln (Chemigr.). — **Photogr. Mitarbeiter:** Nutzloses Bemühen des Zentralverbandes. — **Die Tapetenbranche:** Zum Formstecher-Arbeitsnachweis. — **Feuilleton:** Es muß doch Frühling werden! Der fossile Mensch. (Schluß.) Vom Büchertisch. — **Anzeigen.**

ganzen Natur nach darauf angewiesen, von den Kollegen über alle wichtigen beruflichen Vorkommnisse schnell und sicher unterrichtet zu werden. Nur ein inniges Zusammenarbeiten zwischen Redaktion und Kollegen sichert die Erfüllung der Aufgabe unserer Zeitung als unentbehrliches Kampfmittel.

Es ist nicht wahr, was so häufig und bis zum Überdruß von bürgerlicher Seite gesagt wird: »Große Ideen, welche die Welt zu bewegen im Stande sind, keimen zuerst in dem Geiste einzelner, begabter Menschen.«

Was in unserm Gehirn gärt und keimt, ist nur der Niederschlag dessen, was unzählige Generationen vor uns aufgebaut haben. Selbst der genialste Mensch ist ein Produkt seiner Umwelt. Unser Geist gibt nur wieder, was die lange Kulturentwicklung der Menschheit in die Gehirne der Menschen eingegraben hat. Was wir an geistigen Fähigkeiten ererbt und was wir auf Grund der wissenschaftlichen Arbeit unendlich vieler Menschengeschlechter gelernt haben, das allein bildet die Grundlage, auf der wir weiter bauen können. Und wieder hängt die Wirkung dessen, was wir an Gedankenarbeit leisten, von der Aufnahmefähigkeit unserer Umwelt ab.

So kann die Arbeit der Redaktion unserer Verbandszeitung nur dann von Erfolg gekrönt sein, wenn sie bemüht ist, immer im Interesse der Gesamtkollegenschaft zu wirken. So kann sie aber nur wirken, wenn die Redaktion das Vertrauen aller Kollegen genießt und wenn sie die tatkräftigste Unterstützung der Kollegen findet. Mögen alle die, die bisher durch ihre Mitarbeit geholfen haben, das große Ziel unserer Organisation zu erreichen, auch der neuen Redaktion ihre wertvolle Hilfe nicht versagen. Nur durch aufopfernde, gemeinsame Arbeit kann die Presse ihre Bedeutung, als das schärfste und für die Gegner gefährlichste Kampfmittel zu gelten, aufrechterhalten.

Wir glauben an dieser Stelle die Pflicht zu haben, dem Kollegen Barthele, unserm Vorgänger, für seine wohl allerseits anerkannte redaktionelle Tätigkeit unsern aufrichtigsten Dank auszusprechen. Wir glauben dies mit umso größerem Recht tun zu dürfen, als seine Berufung an die »Dresdener Volkszeitung« uns den Beweis lieferte, daß seine Befähigung auch außerhalb unserer Organisation Beachtung und Anerkennung gefunden hat. Wir glauben auch im Sinne aller Kollegen sprechen zu dürfen, wenn wir das Gelöbnis ablegen, unser Bestes einzusetzen, um die »Graphische Presse« im bisherigen Sinne weiterzuführen.

Entsprechend dem demokratischen Grundsatz in der Arbeiterbewegung soll in unserer Presse der gesamten organisierten Kollegenschaft Gelegenheit geboten werden, über alle aktuellen Vorgänge innerhalb unserer Reihen, sowie in der modernen Arbeiterbewegung, sich ungezwungen äußern zu können. Freies Diskussionsfeld soll die Presse bieten für alle, die im Interesse der Gewerkschaftsbewegung durch ihre Meinungsäußerung unsere gemeinsame Sache zu fördern bemüht sind.

Wir aber versprechen, in unermüdlicher Arbeit den in der Agitation und im Vordertreffen der Bewegung stehenden Kollegen mit Rat und Hilfe beizustehen. Was dem mit Berufspflichten belasteten Kollegen nicht möglich ist, das wollen wir mit den reichen Mitteln der Organisation auszuführen versuchen. Aus der Fülle der tatsächlichen Geschehnisse im Verlauf der gesamten großen sozialen Umwälzungsbewegung wollen wir für unsere Kollegen schnelle und gewissenhafte Berichterstattung bieten: ein Lehrmittel für die Neugewonnenen, eine Fundgrube für die Agitierenden. Unsere Presse soll nicht unbeachtet lassen, was für die Agitation in Versammlungen, Werkstattbesprechungen und am Arbeitsplatz wertvoll und nützlich sein kann. Und dort, wo eine Einwirkung auf den Gegner durch friedliche Verhandlungen erfolglos bleibt, wo berechtigte Beschwerden von einsichtslosen Unternehmern unberücksichtigt bleiben, da wollen wir durch die Presse in der Öffentlichkeit unser Recht suchen. So hegen wir den Wunsch, daß es uns gelingen möge, ein gern gesehener Freund aller Kollegen zu werden. Und wenn es uns dazu noch gelänge, von unsern Gegnern nach wie vor beachtet und gefürchtet zu werden, dann hätten wir die Garantie, auf dem rechten Wege zu sein.

So lebhaft wir wohl mit allen Kollegen den Wunsch hegen, unsere Bestrebungen auf friedlichem Wege durchzusetzen, so sehr sind wir uns bewußt, daß die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer unüberbrückbar sind. Wir stehen einer natürlichen wirtschaftlichen Entwicklung gegenüber, die durch keinerlei Sentimentalität überwunden werden kann. Je behetzter wir den Kampf aufnehmen, um so schneller, um so sicherer muß uns der Sieg werden.

Und um so wichtiger muß unser Kampf werden, je einheitlicher, je geschlossener die Reihen der Arbeiter sich fügen. Je mehr die technische Entwicklung die Berufsgenossen heute noch organisatorisch getrennter Gewerbe in Fabriken zusammenwürfelt, um so dringender erscheint die Notwendigkeit, verwandte Organisationen zu erhöhter Kampffähigkeit zu vereinen. Das soll unser gemeinsames Ziel sein: Verstärkung der Kampfkraft unserer Organisation, damit wir um so leichter und sicherer für alle Ausgebeuteten bessere Daseinsbedingungen erringen können.

Wir wissen, daß es nie und nirgends Naturgesetz war, daß eine Überzahl aller Menschen nur Knechte, nur Lohnsklaven sein und alle Kulturerrungenschaften immer nur einem geringen Bruchteil der Menschheit zu gute kommen sollen. Wir kämpfen und schreiben vorwärts in der unerschütterlichen Überzeugung:

»Es ist kein leerer schmehlender Wahn,  
Erzeugt im Gehirne der Toren,  
Im Herzen kündigt es laut sich an:  
Zu was besserem sind wir geboren.«

Adolf Domnick.

## Bekanntmachungen.

### Zur gefälligen Beachtung!

An Stelle des als Arbeitersekretär für Brandenburg angestellten bisherigen Vorsitzenden des Zentralausschusses Kollegen Richard Hlekmann wurde Kollege Friedrich Beine, Dresden 34, Tolkewitzer Straße 88, I gewählt. Alle für den Zentralausschuß bestimmte Beschwerden und sonstige Zuschriften sind nur an obige Adresse zu richten.

Der Zentral-Ausschuß.

### Zur gefl. Beachtung!

Wir sandten an alle Mitgliedschaften das Rundschreiben No. 10 und zugleich verschiedenes Material, wie die Abrechnungsformulare, die gelbe Zählkarte für das Reichsstatistische Amt und die Zählkarte über den Stand der Arbeitslosigkeit. Diese beiden letztgenannten Karten bitten wir ausgefüllt bis spätestens 10. April an uns einzusenden. Zugleich mit den Abrechnungsformularen senden wir die regelmäßigen Beitragslisten; wir bitten auf denselben die Namen der Mitglieder alphabetisch der Reihe nach einzutragen und hinter jedem laufenden Buchstaben einige Zeilen frei zu lassen, damit die im Laufe des Jahres zukommenden Mitglieder noch alphabetisch nachgetragen werden können.

Der Hauptvorstand.

I. A.: Otto Sillier.

### Lohnbewegungen im Auslande.

Frankreich. Die französischen Chemigraphen befinden sich in einer Lohnbewegung. Zuzug ist daher bis auf weiteres fernzuhalten.

Internationales Sekretariat.

## Zum Redaktionswechsel.

Mit der vorliegenden Nummer der »Graphischen Presse« beginnt die neue Redaktion ihre Tätigkeit. Wir sind uns bewußt, daß selbst der Beste und Geliebteste auf diesem Posten nichts wäre, wenn er nicht das Vertrauen seiner Kollegen hinter sich hätte. Die Gewinnung neuer Mitglieder ist längst nicht mehr die wichtigste Arbeit, die in unserer Organisation zu leisten ist. Unser Verband ist in erfreulicher Weise groß geworden, sein Einfluß ist mehr und mehr gewachsen. Neben dem prozentualen Wachsen ist er auch in die Breite gegangen. Immer neue Berufsgruppen, verwandte Gewerbe, haben sich ihm angeschlossen. Die Arbeit ist vielseitiger geworden und immer schwerer wird es dem Einzelnen, sich in all dem technisch Neuen zurecht zu finden. Da bedarf besonders die Redaktion der Verbandszeitung der Hilfe der Kollegen. Sie ist ihrer

## Rundschau.

**Natur.** Wieviel Reinheit und Hoheit liegt nicht in diesem schlichten Worte. Unwillkürlich fühlt man, daß das Wort etwas anderes besagt als Menschenleben, daß mit dem Leben des Alltags nichts gemein hat. Welche Unnatur, daß solche Gegensätze vorhanden sind! Wir sind nach denselben Gesetzen geworden wie die übrige Welt und wenn uns die Natur auch auf die höchste Stufe der Entwicklung gestellt hat, so müssen wir uns dennoch nach Ihren Gesetzen richten, wenn wir nicht zum Untergange verdammt sein wollen, wie es mit so vielen Völkern vor uns bereits geschehen ist. Nur das Leben ist darum gesund, nur das Volk zukunftsreich, in dem die Natur zur Geltung kommt, in dem alle Werte, die die Natur in den einzelnen hineingelegt hat, im Interesse des Ganzen im vollen Maße benutzt werden. Wieviel hohe Werte gehen aber der Welt heute nicht verloren! Wie hat in aufreibender Arbeit heute die Gesundheit zu leiden, wieviel Gemütwerte gehen durch das rohe, plumpe Hasten des Tages zu Grunde, wieviel Intelligenz wird einfach zu Grabe getragen, indem man die Bildungsmöglichkeit vom Geldbeutel abhängig macht! Welcher Wahnsinn, so mit den Gaben der Natur umzugehen! Statt sich zu erfreuen all der Werte, die sie uns geschenkt, und sie alle in jeder Weise zu benutzen, werden sie sinnlos vergeudet. Welche Unnatur, welcher Mangel an natürlichem, sittlichem Gefühl. Und warum das alles? Weil einige wenige Machthaber es so wollen, Menschen, die die natürliche Sittlichkeit zu unterdrücken suchen und eine künstliche Sittlichkeit predigen, die ihnen besser in ihr sauberes Handwerk paßt als jene unverfälschte, reine Sittlichkeit, die mit dem Worte Natur identisch ist. Aber so bleibt es nicht. Es kommt eine neue Zeit. Es erhebt sich das tätige, schaffende Volk, das sich in all der Unnatur des Lebens das natürliche Gefühl und das gesunde, wahre, sittliche Empfinden bewahrt hat. Es graut bereits ein neuer Morgen. Frisch auf! Mit aller Kraft ihm entgegen!

**Gesellschaftsfahrten zur Leipziger Buchgewerbeausstellung.** Die 600 Mitglieder starke Ortsgruppe Plauen des Verbandes der Kunstgewerbezeichner wird die Buchgewerbeausstellung in Leipzig gemeinsam besuchen; ebenso der Plauer Ortsverein des Verbandes der deutschen Buchdrucker. — Aus München hat sich die dortige Typographische Gesellschaft gemeldet, die im August in einem eigenen Sonderzuge nach Leipzig zur Ausstellung kommen wird.

**Die neue Maschinenhalle der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914.** Bekanntlich wird sich die buchgewerbliche Maschinenindustrie so stark an der Ausstellung beteiligen, daß die beiden bereits vorhandenen Maschinenhallen, von denen die eine eine Grundfläche von 5000 qm die andere eine solche von 6000 qm bedeckt, noch nicht ausreichen und der Bau einer neuen großen Maschinenhalle sich als nötig erweist. Diese Maschinenhalle II, wie ihre offizielle Bezeichnung lautet, ist ein riesiges, dreischiffiges Bauwerk, dessen Mittelbau 18 m hoch ist, während die Höhe der Seitenschiffe 9 m beträgt. Die eigentliche Halle ist 6000 qm groß — 120 m lang und 50 m breit — und zu ihr kommt noch ein seitlicher Anbau, der 1000 qm mißt, sodaß die ganze Halle eine Grundfläche von 7000 qm bedeckt, also noch 1000 qm mehr als die Maschinenhalle I. Die Halle, die ganz in mächtiger Eisenkonstruktion aufgeführt ist und deren Seitenwände mit Glas verkleidet sind, sodaß das Licht den gewaltigen Raum ungehindert durchfluten kann, steht, bis auf einige kleine Einzelheiten, jetzt vollkommen fertig da. Ein Ausbuchtungsblech an die Leipzig-Hofer Bahnstrecke führt direkt in die Halle hinein, sodaß die gewaltigen Maschinen unmittelbar an Ort und Stelle geschafft werden können. Während die Halle I hauptsächlich Papierverarbeitungs- und Antriebsmaschinen aufnimmt und Maschinenhalle III unter anderem eine Groß-Buchbinderei im Betriebe zeigen wird, werden in der Halle II die verschiedenartigsten Maschinen der Druckindustrie Aufnahme finden. In der Halle wird eine stattliche Reihe großer Firmen aus Leipzig, Dresden, Heidelberg, Nürnberg, Altona usw. ausstellen, aber auch Firmen aus Göteborg, Budapest, Mailand und Chicago, die Schnellpressen, Gießmaschinen, Setzmaschinen und sonstige Maschinen für Buchdruck, Steindruck, Kupferdruck und andere Druckverfahren in den neuesten Konstruktionen und in reichhaltiger Auswahl vorführen, werden vertreten sein. Eine fachtechnisch-belehrende Abteilung wird auch hier dem Laienpublikum das Verständnis des Gezeigten vermitteln und eine wertvolle Einleitung und Erklärung zu dem umfassenden Material bilden.

**Zur Tagesordnung des diesjährigen Parteitages der sozialdemokratischen Partei Deutschlands** haben Parteilandsausschuß und Parteivorstand in ihrer letzten Sitzung beschlossen, das Thema: *Wirtschaftspolitik und Koalitionsrecht* behandeln zu lassen. Als Referent ist der Reichstagsabgeordnete Molkenbuhr bestimmt worden. Die Verhandlungen über dieses Thema versprechen auch für die Gewerkschaften von besonderer Bedeutung zu werden.

**Deutsche Versammlungs„freiheit“.** Vor kurzem wurde in Dresden in einer Glasarbeiterversammlung über: *Die Moral der gelben Werkvereine*

ein Vortrag gehalten werden. Als den Polizeibeamten auf Grund des Vereinsgesetzes der Eintritt zu dieser Versammlung verwehrt wurde, weil sie keine politische war, lösten die Beamten die Versammlung kurzerhand auf, und mit einem Aufgebot von etwa 20 Gendarmen wurden die Teilnehmer auseinander getrieben. Außerdem erhielt der Vorsitzende der Versammlung zwei polizeiliche Strafmandate, weller den Beamten keinen angemessenen Platz eingeräumt und die Versammlung nach der Auflösung nicht sofort verlassen habe. Auch der Referent soll 100 Mk. und der Schriftführer 50 Mk. Strafe zahlen. Gegen das ganze Verbot ist Einspruch erhoben worden.

**Christliche Gewerkschaftspolitik.** Zu derselben Zeit, in der die russischen Arbeiter, und erfreulicherweise auch ein großer Teil des russischen kapitalistisch interessierten Bürgertums sich gegen die Pläne der russischen Schutzzöllner wendet, bringt die *„Kölnische Volkszeitung“* eine Aufforderung, die christlichen Gewerkschaftsführer zur Rettung der deutschen Schutzzölle zu benutzen. Sie schreibt wörtlich in Nr. 216: *„... Wenn der Reichstag durch die Kündigung der bestehenden Handelsverträge zu neuen Zolltarifverhandlungen gezwungen wird und wenn die Wünsche der Landwirtschaft und der Industrie dabei eine Mehrheit finden sollen, dann kann dies nur durch das Eintreten der christlichen Gewerkschaftsführer, der Arbeiterabgeordneten und der Vertreter der industriellen Wahlkreise im Zentrum, bei den Nationalliberalen und bei der Rechten zuwege gebracht werden...“* Es ist wirklich weit gekommen mit unsern Gewerkschaftsrichtern! Ihr Sündenregister gegen die einfachsten Arbeiterinteressen ist doch schon wirklich groß, da hätte es wirklich dieser Aufforderung nicht bedurft. Man sollte es nicht für möglich halten, daß heute noch Arbeiter existieren, die von der Gemeinshädlichkeit der Zollpolitik nicht überzeugt sind. Alle Erfolge, die die Gewerkschaften in jahrzehntelanger Arbeit errungen haben, werden, soweit sie die Lebenshaltung betreffen, fast vollkommen vernichtet. Und nun wagt man es, gerade diejenigen für solche Vernichtungsarbeit zu gewinnen, die in erster Linie für die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter eintreten sollten.

**Die gesetzliche Regelung des Tarifvertrags** fordert der Hafenbetriebsverein in Hamburg, eine als besonders arbeiterfeindlich bekannte Unternehmerorganisation. In seinem Jahresbericht für 1913 finden sich folgende Bemerkungen: *„Diese Bewegungen lehnen immer wieder auf neue, daß es im Interesse der Arbeitnehmer sowohl wie Arbeitgeber geboten ist, die rechtliche Verantwortlichkeit der Arbeitgeber gesetzlich zu regeln. Gegenüber der Macht der Koalitionen — so erklärte vor kurzem der Reichskanzler —, welche sie ausüben durch die Zahl ihrer Mitglieder und ihr Vermögen, muß als Gegengewicht ihre Haftung eintreten für den Schaden, den sie durch Beauftragte an dem zufügen. Die zivilrechtliche Haftung der Berufsvereine von Arbeitgebern und von Arbeitnehmern ist aber auch die Voraussetzung zur Regelung des Rechts der Tarifverträge. Leider jedoch befinden sich diese zurzeit wichtigsten Probleme bei der Reichsregierung noch immer im Zustand des Studiums und der Materialiensammlung und sind trotz ausgiebiger Erörterung noch nicht weiter gerückt als bis zum Versprechen, über diese Fragen Denkschriften herauszugeben, so daß wahrscheinlich noch Jahre vergehen werden, bis gesetzliche Grundlagen zur wirksamen Einengung des sozialen Kampfgebietes geschaffen sind.“* Darum also dreht sich? Ein neues Mittel soll gefunden werden, um das Recht der Arbeiter weiter zu beschränken. Wir sind gewiß die Letzten, die nicht den ernstesten Willen hätten, für die Verträge, die wir abgeschlossen haben, einzustehen. Wir kennen aber auch die Auslegungspraxis der Gerichte und Behörden, um nicht genau zu wissen, daß eine gesetzliche Regelung dieser Materie von uns nicht gewünscht werden kann.

**Darlehen oder Arbeitslosenunterstützung?** Erfreulicherweise mehren sich die Gemeinden, die die Arbeitslosenunterstützung einführen. Um eine Überlastung des Armentats zu verhindern, werden sie, auch ohne das fortgesetzte Drängen der Arbeiterstadtvorständen, auf diesem Weg gewiesen. Nur über die Art dieser Unterstützung gehen die Gemeinden verschiedene Wege. Auch die Stadt Berlin hat es, gegen den Willen der Arbeitervertreter, für richtig gehalten, nur Darlehen für Arbeitslose zu bewilligen. Jetzt kommen schon Beschwerden über bürokratische, langweilige Behandlung der Darlehensgesuche. So wurde kürzlich in einer Versammlung der arbeitslosen Holzarbeiter in Berlin geklagt. Mehrere Redner teilten mit, daß sie erst einige Wochen nach Stellung ihres Gesuches das gewünschte Darlehen bekommen haben. Andere Redner waren aber noch schlechter daran. Sie haben vor zwei bis drei Wochen um Darlehen aus dem 300 000 Mk. Fonds nachgesucht und bis heute noch nicht einmal Bescheid erhalten, ob ihr Gesuch bewilligt wird. Daß die bürokratische Maschinerie auch bei einer Notstandsaktion so entsetzlich langsam arbeitet, wurde allgemein verurteilt und einstimmig eine Resolution beschlossen, die dem Oberbürgermeister übermitteln werden soll. Die Resolution lautet: *„Die Versammlung bedauert aufs tiefste, daß der Zweck des Beschlusses der städtischen Behörden, nach*

dem 300 000 Mk. zur Linderung der Not der Arbeitslosen zur Verfügung gestellt sind, durch das bürokratische Verfahren der Armentdirektion bei Prüfung der Bedürftigkeit der arbeitslosen Antragsteller vollständig illusorisch gemacht wird, ja sogar die mittellosen Arbeitslosen zur Verzweiflung treibt und zum Äußersten greifen läßt. — Die Versammlung ersucht deshalb den Oberbürgermeister sowie den Magistrat und die Stadtvorordnetenversammlung, nachdrücklich für Durchführung der von ihnen gefaßten Beschlüsse Sorge zu tragen, um zu verhindern, daß fortgesetzt Existenzen vernichtet werden und Menschenleben verderben.“

**Kommunale Unterstützung für ausgesperrte Arbeiter.** Die Gemeindeversammlung von Grenchen in der Schweiz, wo seit Wochen 2000 Uhrenarbeiter ausgesperrt sind, hat in geheimer Abstimmung mit 651 gegen 121 Stimmen beschlossen, den in Grenchen wohnenden Familien der Aussperrten für die vorläufige Dauer von vier Wochen eine wöchentliche Unterstützung von im Maximum 3000 Fr. in natura zu gewähren. Zur Ausführung des Beschlusses wurde gleichzeitig eine fünfgliedrige Kommission gewählt. Der Beschluß ist ein ehrenvolles Zeugnis für die Gemeinde Grenchen, umso mehr, als sie sich von ihm nicht durch die fanatischsten Hetzerlein und Drohungen der kapitalistischen und arbeiterfeindlichen Presse abhalten ließ.

**Einem Antrag auf Verstaatlichung der amerikanischen Tabakindustrie,** die durch den Trust ja bereits monopolisiert ist, hat der Abgeordnete Glas aus dem von der Trustyrangel gegen die Tabakbauern besonders bedrückten Tabakstaate Virginia im Kongreß eingebracht. Danach soll ein Bureau der Tabakindustrie errichtet werden, das die Vorarbeiten leistet und die Verstaatlichung durchzuführen soll. Der Antrag verlangt die Einhaltung der gewerkschaftlichen Arbeitsbedingungen und die völlige Abschaffung aller Frauen- und Kinderarbeit, die bekanntlich in der Tabakindustrie eine sehr große und traurige Rolle spielt. Wenn der Antrag auch kaum Aussicht auf Annahme hat, so kennzeichnet er doch immerhin die Auffassung, die in vielen bürgerlichen Kreisen gegen die Trustwirtschaft vorhanden ist.

## Soziale Monatsschau.

Berlin, den 30. März 1914.

Die Arbeiterversicherung im Jahre 1913. Preussischer Erlaß über die Anstellung der Kassenbeamten.

Das Reichsversicherungsamt hat soeben seinen Bericht für das Jahr 1913 herausgegeben. Mit der erweiterten Bedeutung des Amtes, das nunmehr auch die höchste Instanz für die Angelegenheiten der Krankenversicherung geworden ist, hat auch der Bericht des Amtes an Mannigfaltigkeit gewonnen. Man kann ohne Zweifel das Amt als die wichtigste sozialpolitische Institution des Reiches bezeichnen. Die Arbeit, die das Reichsversicherungsamt zu bewältigen hat, ist von Jahr zu Jahr gewachsen, was sich für die Interessenten in recht unangenehmer Weise dadurch bemerkbar macht, daß die Eingaben oft recht lange auf Erledigung warten müssen. So ist es z. B. keine Seltenheit, daß ein eingereicher Rekurs erst nach einem geschiedenen Jahr und oft noch später zur Verhandlung kommt. Aus den Mitteilungen über die Zusammensetzung des Amtes ist leider nicht zu ersehen, daß das Amt bemächtigt war, durch Einstellung einer größeren Zahl von Beamten einen flotteren Geschäftsbetrieb herbeizuführen. Die Zahl sowohl der höheren als auch der Bureau-Beamten ist in den letzten Jahren genau dieselbe geblieben.

Das Berichtsjahr erforderte noch umfangreiche und schwierige Vorbereitungen zur Durchführung der Reichsversicherungsordnung. Im Zusammenhang damit wurden auch die Arbeiten der Gemeinde- und Polizeibehörden vermehrt. Es sei überall auf Vereinfachung des Geschäftsverkehrs, auch der Versicherungsträger unter einander hingewirkt worden. Das Inkrafttreten der neuen Vorschriften der Reichsversicherungsordnung machte eine vielfache Neugestaltung von Geschäftsangelegenheiten, Formularen usw. nötig. Das Reichsversicherungsamt beteiligte sich an einer Menge von Kongressen, Ausstellungen und sonstigen sozialpolitischen Veranstaltungen. Weiter wurden verschiedene Einrichtungen der Arbeiterversicherung wie Lungenheilstätten, Geseuschelme etc. kontrolliert.

Was speziell die Unfallversicherung betrifft, so wird berichtet, daß im Jahre 1913 in 116 Berufsgenossenschaften mit 6 196 703 Betrieben 27 357 577 Personen versichert waren. Dazu kommen noch 561 Behörden, welche die Unfallversicherung selbstständig durchführen mit 1 032 028 Versicherten, sodaß hiernach insgesamt über 28 Millionen Personen gegen Unfall versichert waren. In dieser Gesamtzahl erscheinen aber etwa 3 1/2 Millionen Personen, die gleichzeitig in gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt und versichert sind, doppelt. Nach einer vorläufigen Ermittlung belief sich die Zahl aller im Jahre 1913 bei den Berufsgenossenschaften und den erwähnten Ausführungsbehörden angemeldeten Unfälle auf 787 674, die der erstmalig entschädigten auf 139 076. Die im Jahre 1913 verausgabten Entschädigungen (Unfallrenten etc.) betragen 176 793 700 Mk. gegen 169 Millionen Mk. im Vorjahre. Entschädigungen auf Grund der Unfallversicherung wurden im Jahre 1913 gezahlt oder angewiesen an 893 014 Verletzte, 97 623 Witwen Getöteter, 116 338 Kinder und Enkel Getöteter, 5379

Verwandte der aufsteigenden Linie Getöteter und rund 50000 Angehörige solcher Verletzter, die in Heilanstalten untergebracht waren. Hiernach haben im Berichtsjahr zusammen 1 161 537 Personen Bezüge auf Grund der Unfallversicherung erhalten. Im Jahre 1911 waren das 1 165 389 Personen, sodaß inzwischen eine Verminderung eingetreten ist.

Eine Anzahl Berufsgenossenschaften haben ihre Unfallverhütungsvorschriften einer Revision unterzogen und zu den neuen Vorschriften die Genehmigung erhalten. In 1877 Fällen wendeten sich Arbeiter in Unfallversicherungsangelegenheiten an das Reichsversicherungsamt, ohne daß das Amt für die gewünschte Hilfe zuständig war. Das Amt hat aber, so berichtet es wenigstens, den Sachverhalt aufgeklärt und für eine sachgemäße Erledigung georgt. Die Übernahme der Heilbehandlung Unfallverletzter schon vor Ablauf der ersten 13 Wochen nach dem Unfall durch die Berufsgenossenschaften hat Fortschritte gemacht. Zwischen den Berufsgenossenschaften und den Krankenkassen ist es vielfach zu einer Verständigung hierüber gekommen. Im Jahre 1913 übernahmen in 19 137 Fällen die Berufsgenossenschaften eine solche vorzeitige Behandlung.

Auf dem Gebiete der Kranken-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung hatte das Amt ebenfalls noch umfangreiche Arbeit mit der Einführung der neuen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung. So wurden für die verschiedenen Arten der Krankenkassen noch »Mustersatzungen« ausgearbeitet. Am 1. Januar 1914 liefen 998 339 Invalidenrenten, 16555 Krankenrenten und 87 261 Altersrenten, zusammen 1 102 155 Renten. Bis Ende des Berichtsjahres sind rund 2700 Millionen Mk. an Entschädigungen auf Grund der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung gezahlt worden. Die Einnahme an Beiträgen in der Invalidenversicherung ist von 273 Millionen Mk. im Jahre 1912 auf 290 Mill. Mk. im Jahre 1913 gestiegen. Das Reinvermögen d. h. das nach Abzug der Schulden vorhandene Vermögen der Invalidenversicherungsanstalten ist für Ende 1913 auf über 2 Millionen Mark gestiegen.

Nach der neuesten Statistik über die Heilbehandlung der Versicherten in der Invalidenversicherung wurden im letzten Jahr 135 473 Versicherte mit einem Aufwand von 24 Millionen Mk. behandelt. Für allgemeine Maßnahmen zur Verhütung vorzeitiger Invalidität unter den Versicherten und zur Hebung der gesundheitlichen Verhältnisse der versicherungspflichtigen Bevölkerung wurden 1 102 882 Mark ausgegeben. Zum Bau von Lungenheilstätten wurden 15 Millionen Mk. aufgewandt. Die Invalidenhilfspflege hat weitere Fortschritte gemacht. Erstmals wurden auch für Waisenhauspflege Aufwendungen gemacht und zwar 22 020 Mk. im Jahre 1913.

Im Berichtsjahre wurden 8474 Witwen-, 303 Witwenkranken- und 25 919 Waisenrenten festgesetzt. Das ist gegenüber dem Vorjahr etwa eine Verdoppelung. Das »Witwengeld« (also die einmalige Abfindung an Stelle der früheren Beitragsrückzahlung in Todesfällen) wurde in 8082 und die Waisenaussteuer in 460 Fällen gewährt. Für die ganze »Hinterbliebenenfürsorge« wurden etwa 4 Millionen Mk. nur aufgewendet.

Die Träger der Invalidenversicherung erließen 256 783 berufungsfähige Bescheide. Hiergegen wurden 26 791 Berufungen an die Oberversicherungsämter eingelegt. Davon betrafen 90% die Invalidenrenten. Gegen die Urteile der Oberversicherungsämter wurde in 4701 Fällen (gegen 5069 Fällen im Vorjahre) Revision beim Reichsversicherungsamt eingelegt. Nur etwa ein Fünftel der Rechtsmittel hatte für die Rentenbewerber einen Erfolg. Für Invaliden- und Hinterbliebenenversicherungsgeldleistungen aus Bayern, Sachsen und Baden ist nach den neuen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung nicht mehr das Reichsversicherungsamt, sondern das je für die genannten Bundesstaaten errichtete Landesversicherungsamt zuständig.

Von einem Aufwärtsschreiten der Fürsorge für die Verletzten, Invaliden und Hinterbliebenen ist im Bericht leider kein Hauch zu spüren. Alles befindet sich, wenn nicht, wie es hier und da der Fall ist, im Zeichen des Rückschritts, so doch in dem der Stagnation. Rednet man dazu den sich überall mehr breit machenden Bureaokratismus, so hat man wenig Ursache, sich über diese »Entwicklung« zu freuen.

S. S. C.

\* \* \*

Einen neuen Schritt zur Untergrabung der Selbstverwaltung der Krankenkassen hat die preußische Regierung getan. Durch einen Erlaß an die Oberversicherungsämter vom 18. Februar werden den auf Lebenszeit oder mit Anspruch auf Ruhegehalt angestellten Beamten die Rechte und Pflichten gemeindlicher Beamten verliehen. Wo diese scheinbare Vergünstigung für die Beamten hinzulien soll, erfahren wir aus dem Absatz 2 des Erlasses:

»2. Neben dem Vorstande der Kasse oder des Kassenverbandes ist dem Landrat . . . bei Kassen, die der Aufsicht eines gemeindlichen Versicherungsamtes unterstehen, dem Bürgermeister . . . ein Dienstaufsichtsbefehl über die Beamten einzuräumen.«

»Die Kassenbeamten sind auf die allgemeinen Dienstpflichten der Beamten hinzuweisen; es ist zu bestimmen, daß sie den Staatsdienereid binnen 4 Wochen nach dem Tage, an dem die Rechte und Pflichten gemeindlicher Beamten auf sie übergegangen sind, vor der unter 2 bezeichneten Behörde abzulegen haben.«

»Es ist durch Aufnahme ausreißender Bestimmungen in das Regulativ Vorsorge zu treffen, daß die Vorbildung der Kassenbeamten nicht hinter der Vorbildung derjenigen gemeindlichen Beamten zurücksteht, denen sie in Rechten und Pflichten gleichgestellt werden.«

»Die Oberversicherungsämter haben von der ihnen in § 359 Abs. 2 R.V.O. verliehenen Befugnis, die Anstellung der geschäftsleitenden Beamten auf Lebenszeit oder mit dem Anrecht auf Ruhegehalt anzuordnen, grundsätzlich bei allen Orts-, Land- und Innungskrankenkassen, sowie Kassenverbänden Gebrauch zu machen, die mit Einschluß der freiwilligen Mitglieder mehr als zehntausend Versicherte umfassen. . . . Die Anordnungsbefugnis bezieht sich nur auf die Geschäftsleiter der Krankenkassen. . . .«

»Zur Anstellung eines Kassenbeamten auf Lebenszeit oder mit Anrecht auf Ruhegehalt ist nach § 359 Abs. 1 R.V.O. die Genehmigung des Oberversicherungsamtes in jedem einzelnen Falle erforderlich.«

Eine Reihe geradezu auffälliger Eingriffe in die Selbstverwaltung der Krankenkassen haben uns den Beweis gebracht, daß die Schwarzmalerei der Arbeitgebervertreter bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung wirklich nicht übertrieben war. Um nur ein einziges Beispiel heraus zu greifen, möchten wir an die Niederbarnimer Kreislrankenkasse und ihre Entstehungsgeschichte erinnern. Hier wurde ohne Rücksicht auf die praktischen Bedürfnisse der Mitglieder, ein merkwürdiges Kassengebilde geschaffen. Endlose Wege oder weite, teure Bahnfahrten für die Mitglieder, und dann trotzdem keine Garantie im Kassenlokal abgefordert zu werden. Dafür aber viele langjährige Kassenbeamte nicht übernommen, Beamte, die über 20 Jahre Dienstzeit hinter sich hatten, einfach entlassen und mit einem mal ca. 30 Militäranwärter eingestellt, so steht die Sicherung des Selbstverwaltungsrechts der Krankenkassen aus. Darum die auffällige Vorliebe der Regierung für Verschmelzung der Kassen.

Die Genehmigung des Oberversicherungsamtes bei Anstellung von Beamten, Dienstaufsichtsrecht des Bürgermeisters und vor allem des Landrates, das ist etwas so recht nach dem Herzen der preußischen Regierung. Die Kassenvorstände, die bisher das Anstellungsrecht hatten, sind ausgeschaltet. Nun kann man getrost der weiteren Verschmelzung der Krankenkassen zusehen, kann man sich sogar als Förderer solcher Bestrebungen gebärden, wenn man dabei das Recht in der Hand behält, auf die Auswahl der Beamten entscheidend einzuwirken. Es ist zwar keineswegs gelungen, Beweise dafür zu bringen, daß, wie behauptet wurde, die Kassenverwaltungen zu parteipolitischen Zwecken benutzt worden sind, aber was kommt es auf Beweise an, wenn man die Macht hat. Und dann, heute weiß es doch nun beinahe jeder, was in Wahrheit hinter dem Geschrei von der sozialdemokratischen Mißwirtschaft steckt.

Mit einigen Federstrichen hat also die Regierung auf dem Verwaltungswege der Selbstverwaltung den letzten Rest gegeben. Keine freie Initiative, keine Selbstbestimmung der Versicherten mehr, nur der Wille der preußischen Regierung und ihrer Beamten ist maßgebend. Ein wichtiges Recht, daß die Arbeiter ein Vierteljahrhundert lang besaßen, wird ihnen so stillschweigend genommen, als wenn es ein wertloser Lappen wäre. — —

### Mittel und Ziele der Gewerkschaften.

In den Nummern 4 und 5 der »Graphischen Presse« veröffentlichten wir den ersten der beiden Vorträge, die Genosse Eouard Bernstein auf Veranlassung des Bildungsausschusses unserer Berliner Filialen vor der Kollegenschaft gehalten hat. Er fand am 3. Dezember 1913 statt und behandelte die Entstehung der Gewerkschaften. Die in unserer Vorbemerkung in Aussicht gestellte Veröffentlichung des zweiten Vortrages, der am 17. Dezember 1913 über die Mittel und Ziele der Gewerkschaften gehalten wurde, hat sich leider bis jetzt verzögert. Da die Ausführungen des Genossen Bernstein durch diese Verzögerung im Werte nichts eingebüßt haben, empfehlen wir sie der aufmerksamsten Beachtung der gesamten Kollegenschaft. Die Redaktion.

I. Wenn wir uns die Aufgaben der Gewerkschaften, wie ich sie im ersten Vortrage erklärt habe, noch einmal rückblickend vergegenwärtigen, nämlich Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter und Angestellten im Arbeitsverhältnis, so sagt uns eine einfache Überlegung, daß der Antrieb zur Bildung der Gewerkschaften dann gegeben ist, sobald etwaige andere Organe, die vorher die Aufgabe wohl oder übel erfüllten, wegfallen oder versagen. Dieser Zeitpunkt trat nun in allen Ländern mit der Ablösung der handwerksmäßigen Produktion durch die maschinenmäßige, großindustriell-kapitalistische Produktion ein. Auf der einen Seite ist der Gegensatz zwischen Unternehmern und Arbeitern ein schärferer geworden. Der Unternehmer gehört einer anderen Gesellschaftsklasse an, eine steigende Zahl von Arbeitern bringt es niemals zur Selbständigkeit und selbst diejenigen, die es dazu bringen, kommen nur äußerst langsam und beschwerlich vorwärts. Die große Masse der Arbeiter bleibt zeit lebens abhängig vom Unternehmertum. Mit dem Wachsen der kapitalistischen Produktion wird die Klassenscheidung immer stärker und eine weitere Folge der Veränderung der Produktionsweise ist das

Zusammenbrechen der Zunft, was freilich eher seine gute als schlechte Seite hatte. Denn die Zunft war verknöchert und versagte gerade dort, wo sie den Arbeitern wirklich einen gewissen Schutz geboten hatte. Während im Mittelalter und der ihm folgenden Zeit das Arbeitsverhältnis durch Beschlüsse der Zunft geregelt wurde, hört diese Wirkung der Zünfte mit dem Beginn der kapitalistischen Epoche auf. Die freie Konkurrenz wird, wie in Handel und Verkehr, so auch im Arbeitsverhältnis maßgebend. Auf sie gestützt tritt in dieser Epoche nun der Kapitalismus am wütendsten und rücksichtslosesten auf, weil die Arbeiter noch keine Organisation kennen, die sie ihm entgegensetzen könnten. Aber sein Auftreten mußte bald bei den Arbeitern als ganz natürliche Wirkung das Streben auslösen, sich gegen seine Allherrschaft zu wehren. Das war jedoch nur möglich durch die Verelnigung, durch die Organisation. So werden alle möglichen Verbindungen der Arbeiter, der Hilfsvereine, ja selbst der Vergnügungsvereine, zeitweise oder dauernd zur Gewerkschaft. Dies tritt namentlich in solchen Berufen ein, die die neue Epoche erst ins Leben gerufen hat, wie z. B. bei den Schriftsetzern, den Maschinenbauern und vielen anderen. Diesen neuen Berufen hing keine Zunfttradition an, sie fanden ganz neue Verhältnisse vor. Noch etwas anderes kam für die Bildung von Organisationen in diesen Berufen in Betracht. Für die alten Berufe waren vielfach noch Zunftreste übrig, die den Gesellen zustatten kamen, so z. B. das Herbergswesen, Dank dessen die Arbeiter vielfach Auskünfte über die Meister, zu denen sie gehen wollten, vorher einholen konnten; die Herbergen waren bis ins 19. Jahrhundert eine Art Arbeitsnachweise und trugen dadurch ein gut Teil zur Milderung der Arbeitslosigkeit bei. Für die neuen Berufe existierten nun derartige Einrichtungen nicht, und dieser Mangel verstärkte den Antrieb zum Zusammenschluß, zur Organisation. Es ist daher nur natürlich, daß gerade in diesen neuen Berufen die ersten Gewerkschaften emporgewachsen sind. Die Waffen zu den nach ihrer Bildung einsetzenden Kämpfen der Arbeiter um die Wahrnehmung ihrer Interessen gegen die Unternehmer fanden sie aber zu einem guten Teil schon vor.

So ist die erste Waffe in diesen wirtschaftlichen Kämpfen, die Arbeitseinstellung, kein Kind der Neuzeit. Sie wurde schon lange bevor es Gewerkschaften gab angewandt. Von Arbeitseinstellungen berichtet uns sogar die Sage. In der Bibel wird erzählt, daß die Hebräer aus Ägypten auswanderten, weil das Stroh für die Ziegel beim Bau von Pyramiden schlecht war. Erinnert sei auch an den Auszug der Plebejer in Rom auf den heiligen Berg und an die Arbeitseinstellungen der Sklaven im Altertum, namentlich im alten römischen Reich mit seinen von Sklaven bedienten Riesengütern. Später gab es Arbeitseinstellungen bei den Söldnern, den Zunftgesellen usw. Dieses alte wirtschaftliche Kampfmittel wurde von den Gewerkschaften übernommen. Die Arbeitseinstellung ist ehemals nun fast immer ein Kind des Augenblicks gewesen, der augenblicklichen Unzufriedenheit entsprungen, weshalb sie auch im Englischen mit dem Worte Strike (Streik) bezeichnet wurde, was soviel bedeutet wie hinwerfen, hinschmeißen der Arbeit. Sie ward nicht planmäßig vorbereitet. Der Begriff Klassenkampf war in jener Zeit, in der es im Gewerbe noch keine Klassenunterschiede gab, den Arbeitern überhaupt unbekannt. Solange die Söhne der Meister die Gesellen waren, konnten sie wohl mit den Meistern im Streit kommen, aber nicht aus tieferen wirtschaftlichen Gründen. Man wird in der Geschichte des Mittelalters vergeblich nach Arbeitseinstellungen suchen, die Lohnstreitigkeiten entsprungen. Auch in der ersten Zeit der kapitalistischen Epoche, in der sich ein Klassenbewußtsein nur erst in rohen Umrissen ausgebildet hatte, waren die Arbeitseinstellungen Kinder des Augenblicks, der Aufwallung. Darum waren sie auch oft mit Gewalttätigkeiten verbunden. Streikauschreitungen sind also ebenfalls nicht eine Erfindung der neuen Zeit, sie waren vielmehr grade bei den Arbeitseinstellungen vor dem Entstehen von Gewerkschaften gang und gäbe. Erst die Gewerkschaften haben die Arbeitseinstellungen aus einem Ergebnis plötzlicher Aufwallung zu einer Sache der Überlegung gemacht, sie zu einem System, ja, man kann sagen zu einer Wirtschaft entwickelt, die auf Erfahrung beruht und auf systematischer Verarbeitung der aus diesen Erfahrungen zu ziehenden Lehren und Regeln.

Im Mittelalter beschränkten sich die Arbeitseinstellungen meist auf einzelne Betriebe. So war es auch noch lange Zeit bei den Gewerkschaften. Ja selbst heute noch überwiegen die Streiks in einzelnen Unternehmen. So wurden 1904 nach der gewerkschaftlichen Streikstatistik von insgesamt 1870 Streiks 1356 in Einzelbetrieben geführt, während sich 259 Arbeitseinstellungen auf 2 bis 5 Betriebe und nur 255 auf mehr als 5 Betriebe erstreckten. Von den 2510 Angriffstreiks, die 1912 geführt wurden, fanden 1902 in Einzelbetrieben statt, während nur 290 2 bis 5 und 218 mehr als 5 Betriebe erfaßten. 1904 fanden also 72,5 Proz. der Streiks in Einzelbetrieben statt, 1912 sogar 75,8 Proz., also mehr als Dreiviertel. Betrachten wir die Zahl der Arbeiter, so erhalten wir allerdings ein anderes Bild, denn an den 75,8 Proz. aller Angriffstreiks des Jahres 1912, die sich gegen Einzelbetriebe richteten, waren 205 950 Arbeiter beteiligt, dagegen an den 24,2 Proz. der Angriffstreiks gegen 2 und

mehr Betriebe 200364, also fast ebensoviel. Die moderne Gewerkschaftsbewegung hat also noch nicht ein Verschwinden der Streiks gegen Einzelbetriebe bewirkt, im Gegenteil, oft richtet sich ein Streik nicht einmal gegen einen ganzen Betrieb, sondern nur gegen eine bestimmte einzelne Abteilung. Das ist eine natürliche Folge des modernen Wirtschaftslebens, des Wachstums der Unternehmungen und des Zusammenfassens vieler Berufe in einem Unternehmen. In welchem Maße ein kapitalistisches Unternehmen oft ganz verschiedenartige Arbeiterkategorien zusammenfaßt, brauche ich hier bei Ihnen wohl nicht erst zu erläutern. Ich erinnere nur an die großen Zeitungunternehmungen der Gegenwart.

Der wesentliche Unterschied der modernen Arbeitseinstellungen gegenüber den alten beruht also darin, daß sie keine Akte der Aufwallung sind, sondern reiflicher Überlegung entspringen, daß sie nicht plötzlich ausbrechen, sondern ins Werk gesetzt werden nach Verhandlungen zwischen den Arbeitern und den Unternehmern, sofern diese ergebnislos verlaufen sind. Ohne vorangegangene Verhandlung kommen in wohlorganisierten Gewerkschaften kaum noch Streiks vor. Ferner steht hinter jedem modernen Streik nicht mehr der einzelne Verein, sondern die Gesamtorganisation der Berufsangehörigen. Das ist verbunden mit der Möglichkeit, die Arbeitseinstellung auf einer breiteren Grundlage durchzuführen und je nach den Umständen auch die Arbeiter anderer Betriebe herauszuziehen, falls es im Hinblick auf die gute Durchführung eines Kampfes notwendig wird. Im Mittelalter war ein Gleiches nicht möglich, da Verbindungen, wie wir sie heute haben, eben noch nicht existierten. Die gegenseitige Benachdrigung war infolgedessen erschwert, ebenso die persönliche Fühlungnahme und Verständigung. Es ist zwar wiederholt vorgekommen, daß einzelne Meister in Verruf erklärt wurden, aber die strikte Durchführung dieser Verrufserklärungen war wegen der ungenügenden Post- und Verkehrsverhältnisse selten möglich. Was darüber berichtet wird, betrifft Ausnahme-Fälle. Erst der neueren Zeit war es vorbehalten, größere Arbeitseinstellungen auf breiterer Basis herbeizuführen.

Der Streik auf der denkbar breitesten Basis wird als *Generalstreik* bezeichnet. Unter diesem Begriff verstehen wir in Deutschland einen Streik, der alle Arbeiter ohne Unterscheid des Berufs umfaßt, im Gegensatz zu den französischen und englischen Arbeitern, die mit dem Worte Generalstreik oft nur einen Streik bezeichnen, der sich auf alle Betriebe eines Ortes oder eines Berufes erstreckt, nicht auf einen einzelnen Betrieb beschränkt ist. Das Eigenschaftswort *general* im Englischen und *général* im Französischen bedeutet weiter nichts als *allgemein*; auf einen Streik bezogen also einen Streik auf allgemeinerem Umfang als einen einzelnen Betrieb. Es kann daher einen Massenstreik von Arbeitern aller Berufe bedeuten, braucht es aber nicht. Hierbei ist noch folgendes zu bemerken. In England sind bestimmte große Industrien fast völlig in bestimmten Gebieten des Landes konzentriert, so z. B. die Baumwoll-Industrie in der Grafschaft Lankashire, die Woll-Industrie in der Grafschaft Yorkshire. Nationale Streiks in diesen Industrien erstrecken sich also auch wesentlich nur auf diese Bezirke. Anders ist es in Deutschland, wo z. B. die Textilindustrie in einer ganzen Reihe von Bezirken, z. B. in Schlesien, Sachsen, Thüringen, Bayern, im Elsaß usw. Zentren hat, weshalb auch ein allgemeiner Streik in dieser Industrie in Deutschland viel schwerer durchzuführen wäre als in England. Allgemeine nationale Streiks bestimmter Berufe sind schon mehrfach vorgekommen. Erinnerung sei nun an die Kämpfe der Bergarbeiter und Maschinenbauer Englands, der Metallarbeiter Skandinaviens usw. Aber immerhin sind derartige Kämpfe noch verhältnismäßig selten. Über diese Bewegungen hinaus propagieren manche in der Arbeiterbewegung tätige Personen den Generalstreik im Sinne eines alle Arbeiter aller Berufe des ganzen Landes erfassenden Massenstreiks, der entweder von vornherein der Erreichung politischer Zwecke dienen soll oder aber, auch wenn er zur Erringung wirtschaftlicher Aufgaben eingeleitet wird, bald nach seinem Beginn politischen Charakter annehmen würde. Einen wirklichen Generalstreik in diesem Sinne hat es bisher noch in keinem Lande gegeben, es ist in der Regel bei bloßen Ansätzen verblieben. Annähernd wurde er im Jahre 1909 in Schweden erreicht. Die mit diesem schwedischen Generalstreik gemachten Erfahrungen waren aber für die Arbeiter alles andere als ermutigend.

Auf seine Einzelheiten sowie die Geschichte der Streikbewegung in den verschiedenen Ländern näher einzugehen ist in diesem Rahmen leider nicht möglich, es würde das einen Vortrag für sich nötig machen. Fassen wir die Erfahrungen der Gewerkschaften in den verschiedenen Ländern über die Arbeitseinstellungen zusammen, so ist zu sagen, daß der Streik eine oft wirksame und vorläufig noch unentbehrliche Waffe für die Arbeiter ist, jedoch keine unfehlbare Waffe! Der Streik ist ein zweischneidiges Schwert, das sowohl die Unternehmer wie auch die Arbeiter selbst treffen kann und dessen Schneide sich durch falschen Gebrauch abstumpft. Seine Anwendung wird schwieriger, wo sich auch die Unternehmer organisieren haben. Er ist also kein Universalmittel, sondern ein Mittel, das heute schon, wie man sagen kann, wissenschaft-

lich behandelt sein will. Je umfassender und je fester die Organisation ist, die einen Streik anwendet, desto wirksamer wird selbstverständlich diese Waffe sein.

Bei den stärksten Organisationen kommt es übrigens, wie die Statistik ergibt, nur selten zum Streik. Dagegen nehmen mit dem Ausbau und der Stärke einer Organisation die Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung zu, und zwar in bedeutendem Maße. So fanden 1905: 2968, 1909: 4507, 1912: 7136 derartige kampflöse Lohnbewegungen statt, von denen 1905: 2384, 1909: 3242 und 1912: 5318 erfolgreich verliefen, während der Rest teilweise erfolgreich blieb. Von allen Lohnbewegungen der Gewerkschaften fanden 1905: 43,0 Proz., 1912: 61,8 Proz. ohne Arbeitseinstellung statt. Die Zahl der ohne Arbeitseinstellung zur Entscheidung gekommenen Lohnbewegungen der deutschen Gewerkschaften ist in dieser Zeit von Jahr zu Jahr gestiegen. Das ist die beste Bestätigung der Tatsache, daß mit dem Erstarken der Gewerkschaftsbewegung die Waffe des Streiks immer mehr in den Hintergrund tritt.

Ein anderes Kampfmittel der modernen Gewerkschaften ist der Boykott, die Sperre über Personen und Sachen. Auch diese Waffe ist keine Erfindung der Gewerkschaften, sondern bereits uralte, viel älter als ihr Name, der erst 1878 in Irland aufgetaucht ist. Der Boykott bestand der Sache nach bereits im Altertum in den verschiedensten Formen: der Tabu, der Bann, die Achtung, die Exkommunikation durch die Kirche sind gleichbedeutend mit dem, was wir heute Boykott nennen. Nur war die Sache früher nicht so verhältnismäßig harmlos wie heute, sondern oft fast gleichbedeutend mit der Todesstrafe. Mit dem Gekühten z. B. verkehrte niemand mehr, niemand durfte ihm Nahrung geben oder helfen, da der Helfer dann selbst der Acht verfiel. Ausgeübt wird der gewerkschaftliche Boykott heute in den mannigfaltigsten Formen. Z. B. in der Produktion, wenn sich Arbeiter weigern, Material zu verarbeiten, das aus Streikbetrieben kommt, oder Waren aus Orten, wo die Arbeiter im Streik stehen, weiter zu transportieren. Diese Kampfsart kann sehr erfolgreich und sehr wirksam sein. Eine andere Form ist der Boykott von Artikeln des Konsums. Dieser ist nicht leicht durchzuführen, gewinnt aber mit dem Wachsen der Arbeiterbewegung immer mehr Bedeutung. Er hat an Möglichkeiten stark zugenommen durch die Organisation des Konsums der Arbeiter in den Konsumvereinen.

Eine weitere Form von Hilfsmitteln des Gewerkschaftskampfes ist die Kontrollmarke, die besonders in den Vereinigten Staaten als Gewerkschaftsmarke eine große Verbreitung gefunden hat. Dort haben die Gewerkschaftsmarken auch Anspruch auf Eintragung gemäß dem Gesetz über Markenschutz erlangt. Viele Millionen solcher Marken werden jährlich untergebracht, in manchen Fällen mit guter Wirkung für die gewerkschaftliche Arbeit. Der Wert der Marke darf aber nicht überschätzt werden. So zweckmäßig ihre Anwendung auch für bestimmte Artikel sein mag, so hat sie doch auch ihre Kehrseiten. Das Unternehmertum lernt nämlich aus der Wirkung der Marke je nachdem grade erst die Schwäche der Bewegung kennen und kann darnach seinen Widerstand einrichten. Die Wirkung bleibt ganz aus, wenn es sich um Produkte handelt, die mehr von den besitzenden Klassen verbraucht werden. Daher ist die Kontrollmarke im Grunde genommen nur ein Kampfmittel einer nicht hoch entwickelten Industrie und ihre Bedeutung mithin beschränkt.

## Scharfmacherhoffnungen und -Sorgen.

Über eine Zentrale der deutschen Arbeitgeberverbände für Streikversicherung sprach vor einigen Tagen der Syndikus der »Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände« Dr. Tänzler-Berlin, in einer Mitgliederversammlung. Im Bericht darüber heißt es: Die im Berichtsjahre geführten größeren Kämpfe mit den Arbeitnehmern seien ohne Ausnahme zugunsten der Arbeitgeber entschieden worden. Diese Erfolge lehnen, daß auf dem Wege der Solidarität das Unternehmertum im wirtschaftlichen Kampfe gegen die Arbeiter dauernd siegreich bleiben könne. Der großen Gefahr, die der Unternehmensecke aus der Behandlungsweise des Problems der Arbeitslosenversicherung seitens der Kommunen erwachse, müsse mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. — Im auffälligen Kontrast zu dieser Siegeszuversicht Dr. Tänzler's stehen die Anschauungen, die in der weiteren Verhandlung zu Tage traten. Schon die Ausführungen des nächsten Referenten Dr. Hoff (Düsseldorf), der über den Schutz der Arbeitswilligen sprach, klangen wesentlich anders.

Der Redner führte aus: In den romanischen Ländern werden die Ausschreitungen gegen Arbeitswillige bedeutend scharfer bestraft als in Deutschland. Zweck der Gesetzgebung müsse allerdings sein, die unter Strafe gestellte Handlung zu verhindern. Deshalb ist die Auffassung der Regierung zu verwerfen, daß die heutigen unhaltbaren Zustände durch Polizeiverordnungen beseitigt werden können. Von der Wandlung des Volksempfindens dürfe man sich keinen praktischen Erfolg versprechen. Es sei selbstverständlich, daß nur eine

autoritative Stelle Wandel schaffen könne. Die Regierung schüre durch ihre Untätigkeit geradezu den sozialen Kampf. Wenn auch augenblicklich keine Aussichten vorhanden seien, daß der Reichstag einer gesetzlichen Regelung des Arbeitswilligenschutzes nähertreten werde, so dürfen die Zagenden unter den Arbeitgebern dennoch nicht auf die Forderung eines gesetzlichen Verbots des Streikpostenstehens verzichten. Durch einen solchen Verzicht würde das Arbeitgeberum sich selbst prelagieren. (Beifall.) — Rechtsanwalt Heurich-Düsseldorf sprach über die Koalitionsfreiheit.

Er verbreitete sich im besonderen über die Entstehungsgeschichte des § 152 der Gewerbeordnung. Er betonte, daß im Vergleich zu den Umständen, unter denen die Reichsgewerbeordnung entstanden sei, eine vollständige Umwertung der Rechtsbegriffe der Koalitionsfreiheit stattgefunden habe. Eine positive gesetzliche Anerkennung des Koalitionsrechts spreche die Gewerbeordnung überhaupt nicht aus, nur partikuläre Verbote werden aufgehoben und zivilrechtliche Schranken zum Schutze der Willensfreiheit und des Selbstbestimmungsrechtes auch zum Schutze der außerhalb der Koalitionen befindlichen Personen aufgerichtet. Unter dem Deckmantel des Koalitionsrechts vollziehe sich der Kampf der Koalitierten gegen die Nichtkoalitierten. Die bestehenden Gesetze und auch deren Handhabung seien unzulänglich. Nur durch Verbotsgesetze könne Hilfe geschaffen werden. Bekanntlich haben alle Straßenpolizeiverordnungen Ausschreitungen nicht verhindern können. Auch von der Anweisung des preussischen Ministers des Innern an die Oberpräsidenten zum Erlaß von Polizeiverordnungen könne man sich keine Erfolge versprechen, obwohl in dem Erlaß gesagt sei, daß gegen Streikposten auch eingeschritten werden könne, wenn es zum Schutze von Personen oder Eigentum erforderlich erscheine. Diese Maßnahme treffe aber das Übel nicht an der Wurzel, weil nur eine einheitliche Regelung Abhilfe gegen die bestehenden Zustände schaffen könne. Das Streikpostenstehen werde gegenwärtig gewissermaßen als eine durch Reichsgesetz sanktionierte Institution betrachtet. Eine schleunige Justiz würde erzieherisch wirken. Eine zivilrechtliche Haftung der Koalitionen wäre unwirksam, da die Gewerkschaften ihr Vermögen so unterzubringen wüßten, daß es nicht gefaßt werden könne. Der Befürchtung einzelner Arbeitgeber, ein gesetzliches Verbot des Streikpostenstehens könne auf die Arbeitgeberverbände rückwirken, müsse er entschieden entgegenreten. Zu empfehlen sei die Einbringung einer Novelle zur Gewerbeordnung, die deutlich ein Verbot des Streikpostenstehens ausspreche. Die Koalitionsfreiheit solle nicht angetastet werden. Nur, wo der Boden des Rechts verlassen und in die Rechtsphäre anderer eingegriffen werde, müsse Abhilfe geschaffen werden. (Lebhafte lang anhaltende Beifall.) — Es gelangte folgender Beschluß einstimmig zur Annahme:

»Die Willkür der Gewerkschaften ist, wie die Erfahrungen der letzten Jahre in steigendem Maße lehren, unerträglich geworden. Die bestehenden Gesetze und ihre Handhabung haben sich dieser Entwicklung gegenüber als unzulänglich erwiesen.

Mit großer Genugtuung ist der von der Regierung bekundete feste Wille zu begrüßen, den unerhörten Verhältnissen ein Ende zu machen. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vermag jedoch die Auffassung der Regierung nicht zu teilen, daß die systematische Regelung der Frage des Arbeitswilligenschutzes zweckmäßig erst in Verbindung mit der bevorstehenden Reform des Reichsstrafgesetzbuches erfolgt. Die Angelegenheit ist zu dringend, um sie wiederum auf Jahre hinaus zu vertagen. Es ist auch nicht anzunehmen, daß in der Zwischenzeit durch die von der Regierung angekündigte schärfere Handhabung straßenpolizeilicher Maßnahmen eine durchgreifende Änderung herbeigeführt werde.

Da die Vereinigung deshalb eine sofortige einheitliche gesetzliche Regelung eines durchgreifenden Schutzes der Arbeitswilligen für unumgänglich notwendig hält, beschließt sie die Einsetzung einer Kommission mit der Aufgabe, zu diesem Behufe positive Vorschläge zur Fortbildung des geltenden Reichsrechts auszuarbeiten.

Es scheint doch mit der Überzeugung von der unbedingten Sieghaftigkeit der Unternehmerorganisation recht schlecht zu stehen. Die Fürcht vor dem Ausbau der kommunalen Arbeitslosenfürsorge, die Wut gegen die Streikposten und das unaufhörliche Schreien nach »Verbotsgesetzen« kann doch unmöglich als sicheres Kraftgefühl angesprochen werden. Uns will scheinen, als wenn sich die letzten beiden Redner viel mehr im heimlichen Einverständnis mit dem verlassenen Scharfmacher Buek befinden, der schon vor einigen Jahren rund heraus erklärte, daß mit der von ihm selbst propagierten Ausspernungstaktik eine nachhaltige Bekämpfung der Gewerkschaften unmöglich sei. Selbst verhältnismäßig kleinere Gewerkschaften hätten sehr rasch die Folgen längerer Kämpfe überwunden.

Was uns aber besonders interessieren muß, ist die Tatsache, wie wenig sich die Unternehmer auf ihre eigene Kraft verlassen, wie ängstlich sie all ihren Einfluß einzusetzen versuchen, um Behörden und Regierung für ihre Hilfe zu gewinnen. Das soll uns veranlassen, in der Arbeit für die Stärkung unserer Organisation nicht zu erlahmen.



## Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

### Gewerkschafts- und Fachorgan.

Die gewerkschaftliche Arbeit konnte sich im Anbeginn naturgemäß fast nur mit der Agitation befassen. Galt es doch vor allem die gelehrten oder ungelerten Arbeiter aus einer geistigen Bevormundung zu befreien, die viele Generationen auf ihnen lastete. So war die hervorsteckendste Aufgabe der redenden und schreibenden Agitatoren aus der Gründungszeit der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen, auf den Klassencharakter der kapitalistischen Produktionsweise aufmerksam zu machen. Es galt, die brutalen Tatsachen der kapitalistischen Ausbeutung und Knechtung den Arbeitern wieder und wieder klar vor Augen zu führen, um die Köpfe frei zu machen von überliefertem Autoritätsglauben, um den Willen zu kräftigen für Aufgaben, deren Vielgestaltigkeit damals kaum geahnt werden konnte. Mächtiger und mächtiger sind im Laufe weniger Jahrzehnte diese Organisationen geworden. Für manche Gewerkschaften, insbesondere soweit es sich um die qualifizierten Arbeiter handelt, ist die Frage nach Gewinnung neuer Mitglieder zu einer untergeordneten geworden. Und wenn auch für andere Organisationen ein gewaltiges Stück Werbearbeit zu tun bleibt, das eine wollen wir als ein für uns erfreuliches Ereignis anerkennen. Unserer Gegner recht beachten: mindestens das ganze industrielle Proletariat steht direkt oder indirekt unter dem geistigen Einfluß der sozialistischen Arbeiterbewegung!

Gewiß ist vielen Millionen deutscher Arbeiter dieser Einfluß noch unbewußt. Der kleinste, scheinbar persönliche Vorteil führt sie auf die Seite ihrer wirtschaftlichen Gegner. Nationale, religiöse und moralische Wahnideen hemmen ihre geistige Weiterentwicklung. So harret noch eine Fülle von Aufklärungsarbeit ihrer Erledigung. Was bisher aber geleistet wurde ist groß genug, daß wir stolz auf das Werk zurückblicken können. Eins aber sieht fest: Dieses Werk wäre nicht in dem Grade möglich gewesen ohne die Presse und vor allen Dingen ohne die Gewerkschafts- und Fachorgan. So reicht die Bedeutung der Gewerkschafts- und Fachorgan weit über den Rahmen der Gewerkschaft selbst hinaus.

Aus alledem dürfen wir mit Recht die Forderung stellen: Die wichtigste Aufgabe eines Gewerkschaftsblattes ist die Sammlung und klarverständliche Verarbeitung agitatorischen Materials, das die schon Gewonnenen in ihrer Meinung festigen soll, das aber auch wieder von den aufgeklärteren Kollegen für die mündliche Agitation weiter verwandt werden kann. In dieser Sammlung, Sichtung und wirkungsvollen Verarbeitung brauchbaren Agitationsstoffes liegt die Ursache einer stetigen Vorwärtswirkung unserer Bestrebungen.

Wir haben eingangs festgestellt, wie die wirtschaftlichen und politischen Gegner der Arbeiterklasse alle Machtmittel spielen lassen, um die geistige Aufklärung der Arbeiter mittels nationaler, religiöser und moralischer Phrasen zu hemmen. Auch in diesem Kampf um die geistige Befreiung sind wir auf unsere Presse besonders angewiesen.

So stoßen wir immer wieder auf große Unkenntnis bei den Arbeitern in allen Fragen des wichtigsten Arbeiterrechts als auch bei den Fragen der Arbeiterversicherung. Hier muß die Presse eine unermüdete Aufklärungsarbeit leisten. In kurzen, klaren, theoretischen Auseinandersetzungen, vor allem aber durch knappe Darstellung aus der Fülle der tatsächlichen Begebenheiten kann eine allmähliche, langsame Belehrung der Mitglieder geschehen, die ihnen ermöglicht, ihre spärlichen Redite bis zum letzten Tipfelchen auszunutzen.

Ich möchte mir versagen, auf alle die wichtigen Themen hinzuweisen, die in engerer

Verbindung mit der praktischen Gewerkschaftsarbeit stehen und doch letzten Endes rein politische Themen sind. Dahin gehören Vereins- und Versammlungsrecht, Koalitionsrecht, Wirtschaftspolitik und vieles andere mehr. Das sind Probleme, die aus Theorie und Praxis eine fast unerschöpfliche Fundgrube für die Belehrung und Aufklärung der Mitglieder bieten.

So ergibt sich schon aus diesen Darlegungen, daß eine Gewerkschaftszeitung neben der wichtigen Wirksamkeit für die Agitation auch als Bildungs- und Belehrungsorgan von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. Sie soll deshalb all denen mit Rat und Tat zur Hand gehen, die im Suchen nach geistiger Vervollkommnung leicht in die Irre gehen könnten, durch populäre Aufklärung aus den Gebieten der Nationalökonomie, Wirtschaftsgeschichte usw. und vor allem empfehlende Besprechungen gediegener Schriften, die für die Weiterbildung der Mitglieder von Nutzen sein können.

Daneben dürfen wir mit Recht erwarten, daß uns unsere Gewerkschaftszeitung ein Mitteilungsorgan aller wichtigen aktuellen Vorgänge ist, die in irgend einer Beziehung zu unseren gewerkschaftlichen Bestrebungen stehen. Wir wollen erfahren, was auf unsere Haltung von richtunggebender Bedeutung ist. Wir wollen durch unsere Presse unterrichtet sein über alle die Fragen, die die ganze Arbeiterklasse betreffen.

So darf der Geist einer einheitslichen, im sozialistischen Geiste geführten Gewerkschaftsbewegung niemals aus dem Inhalt unserer Fachzeitung verschwinden.

Und doch dürfen wir nicht vergessen, daß wir viele spezielle Berufsfragen zu erledigen haben. Dabei ergibt sich eine besondere Schwierigkeit für unser Gewerkschaftsblatt durch die bunte Berufsgruppierung, wie sie sich auch in unserer Gewerkschaft zeigt. Während sich einige Berufe die Anerkennung der Organisation durch die Unternehmer errungen haben, befinden sich andere Berufe noch in der mühevollen Arbeit der Heranziehung der Kollegen für die Organisation. In der Behandlung der Kollegen durch die Unternehmer, in den Arbeitsbedingungen und dergl. haben wir für die verschiedensten Berufsgruppen die denkbar größten Unterschiede zu verzeichnen. Sie müssen in unserer Gewerkschaftszeitung sorgfältige Beachtung finden, wollen wir nicht das Werk dieser oder jener Berufsgruppe erschweren oder gar vernichten.

Doch wenn wir auf Grund unserer nationalökonomischen Auffassung des Wirtschaftslebens uns von der unbedingten Notwendigkeit des Klassenkampfes überzeugt haben, dann haben wir einen gesicherten Boden, von dem aus ein Irrweg nur schwer denkbar ist. Wir erstreben zunächst die Ausschaltung des Unternehmers als alleinigen Bestimmer über die Arbeitsbedingungen, oder als »Herr im eigenen Hause.« Wir erlangen demgemäß weitgehendes Mitbestimmungsrecht für die Arbeiter und erklären uns bereit, Verträge mit den Unternehmern einzugehen, die ein solches Mitbestimmungsrecht tariflich festlegen. Wir sind uns bewußt, daß durch einen solchen Tarif unser Kampf nicht beendet sein kann, sondern nur mildere Formen annimmt, als Ausdruck eines vertraglichen Waffenstillstandes. Diese Rücksicht muß selbstverständlich dort fortfallen, wo ein egoistisches, einsichtsloses Unternehmertum seiner Arbeiterschaft das natürliche Mitbestimmungsrecht vorenthalten will.

Ob mit oder ohne Tarif — als ein nie endender Kleinkrieg stellt sich der Kampf um die großen Ziele der Gewerkschaftsbewegung dar! So ist auch die Aufgabe der Gewerkschaftszeitung ein unermüdetes, liebevolles Eingehen auf die Sorgen und Beschwerden ihrer Leser. Die Schwachen und Elenden aufzurufen und zu ermutigen, die Kampfesfreude zu stärken und zu stützen, darin liegt eine schöne dankenswerte Arbeit.

### Unsere schweizerische Bruderorganisation im Jahre 1913.

In einer vornehmen Aufmachung präsentiert sich der 26. Jahresbericht 1913 des schweizerischen Lithographenbundes. Für den Buchtitel war ein Wettbewerb ausgeschrieben, bei dem 63 Entwürfe eingingen. Die in brauner Farbe auf mattgrünem Papier gedruckte Schriftzählung wirkt äußerst vornehm.

In dem vom Zentralvorstand erstatteten Jahresbericht wird betont, daß das Jahr 1913 auch für das schweizerische Lithographie- und Steindruckgewerbe ein Krisenjahr gewesen ist; die Arbeitslosigkeit nahm z. B. im 3. Quartal einen bedauerlichen Umfang an. Und da es eine bekannte Erscheinung ist, daß in Zeiten großer Arbeitslosigkeit auch die Krankenziffern steigen, so ist es nicht zu verwundern, daß in diesem Quartal auch der Krankenstand ein ungewöhnlich hoher war. Im Berichtsjahr waren 99 Kollegen in 115 Fällen arbeitslos und im Durchschnitt jeder während 26 Tagen; die Zahl der Krankheitsfälle stieg im Jahre 1913 auf 211, während sie im Jahre 1912 nur 159 betrug. Trotz der ungünstigen Konjunktur hat sich jedoch die Organisation auch im verflorenen Jahre nach allen Richtungen in durchaus zufriedenstellender Weise entwickelt. Die Mitgliederzahl der Gehilfen ist von 933 auf 984 gestiegen und die der Lehrlinge von 98 auf 115. Die 984 Gehilfenmitglieder setzen sich zusammen aus 291 Lithographen, 466 Steindrucker, 140 Chemigraphen, 42 Lichtdrucker, (einschließlich Reproduktionsphotographen für Lichtdruck und 45 Berufsgenossen (Portraitphotographen, Stoffdrucker, Buchbinder und Steinschleifer). Der Nationalität nach stammen 557 Mitglieder aus der Schweiz, 322 aus Deutschland, 46 aus Italien, 40 aus Österreich, 5 aus Frankreich, 3 aus Dänemark, 3 aus Schweden und 8 aus verschiedenen anderen Staaten. — Den Jahreseinnahmen von 88704,15 Franks stehen 58401,16 Franks Gesamtausgaben gegenüber, so daß im Berichtsjahre ein Überschuß von 30302,99 Franks erzielt wurde. Mit diesem stieg das Verbandvermögen am Jahreschluß auf 238884,19 Franks. Von den Ausgaben kommen u. a. auf: Lohnbewegungen 42635 Fr., Maßregelungsunterstützung 1916,10 Fr., Arbeitslosenunterstützung 7471,50 Fr., Reiseunterstützung 1582,45 Fr., Umzugsunterstützung 2213,90 Fr., Krankenunterstützung an Gehilfen 24312,50 Fr. und an Lehrlinge 1050,— Fr. Für Sterbegelder wurden 1900,— Fr. ausgezahlt und für außerordentliche Unterstützung 372,— Franks. Die Invalidenkasse hatte noch keine Ausgaben. Hieraus ist zur Genüge ersichtlich, daß unser schweizerischer Bruderverband auf dem Gebiete der Unterstützung seiner Mitglieder auch in diesem Jahre außerordentlich segensreich gewirkt hat.

Bekanntlich sind für das ganze schweizerische Gebiet die Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch einen Zentraltarif (Berufsordnung) aller Berufsangehörigen in der Lithographie, im Stein-, Licht-, Stahl- und Kupferdruck, sowie in der Chemigraphie, und zwar nicht nur in den größeren Städten, sondern auch für den entlegensten Ort und für das kleinste Geschäft geordnet, dank dem Entgegenkommen der Prinzipale. Die Verhältnisse sind jetzt mustergültig und in einer dem Frieden und damit dem ganzen Gewerbe dienlichen Weise streng verbindlich geregelt. Der Bericht betont, daß das günstige Ergebnis im wesentlichen der »Berufsordnung zu danken ist.« Im abgelaufenen Jahre ist es trotz der schlechten Geschäftskonjunktur möglich gewesen, den Geltungsbereich der »Berufsordnung« auf weitere 15 Firmen mit 70 beschäftigten Kollegen auszudehnen, womit die vornehmsten Bestrebungen, das Arbeitsverhältnis der Kollegen zu verbessern und die volle Anerkennung der Organisation zu erwirken, auf neue von Erfolg gekrönt war. Naturgemäß konnten diese Bestrebungen auch nicht ganz ohne Kämpfe und Opfer durchgeführt werden. Insbesondere entbrannte ein harter Kampf in Genf, der zur Maßregelung von 10 Kollegen führte; mit einigen dieser Firmen kam es bis zum Jahreschluß noch zu keiner Einigung, sie sträuben sich, die »Berufsordnung« anzuerkennen.

Dem 70 Seiten umfassenden Jahresbericht ist am Schluß als Anhang der Bericht über die Tätigkeit des Tarifamtes im Jahre 1913, sowie je ein Verzeichnis der tarifirenden und der nicht tarifirenden Firmen, sowie auch der nicht tarifirenden Gehilfen abgedruckt. Es sind dies 49 Firmen mit 109 unorganisierten Gehilfen, von denen aber ein Teil nichtorganisationspflichtige Leiter und Ober sind.

Der Arbeitsnachweis hat gut gewirkt; die Zahl der vermittelten Stellen ist seit Jahren konstant gestiegen, wodurch der Beweis erbracht ist, daß der Arbeitsnachweis mit jedem Jahr besser wird.

So ist denn aus dem vorliegenden Jahresbericht mit Freuden zu konstatieren, daß unsere schweizerische Bruderorganisation auch im verflorenen Jahre eine in jeder Beziehung nützliche und erfolgreiche Tätigkeit entfaltet hat, auf die sie mit Stolz und Befriedigung zurückblicken kann. pl.

### Unser ungarischer Bruderverband im Jahre 1913.

Wenn für die gewerkschaftlichen Zentralverbände, die der österreichischen Reichsgewerkschaftskommission angegeschlossen sind, das Jahr 1913 ein schweres Krisenjahr, ein Jahr der harten Prüfung

gewesen, so gilt dasselbe auch für die gewerkschaftlichen Organisationen in Ungarn. Wirtschaftliche Krise, Kriegsgefahr, große Arbeitslosigkeit, dazu die Klassenherrschaft des Feudaljunkertums, Korruption an allen Ecken und Enden, Arbeitsloosedemonstrationen, eine Regierung, die die Stimmen der Hungernden nicht hören will, ihre gegebenen Versprechungen nicht einhält, dafür aber brillante Reiterattacken auf die wehrlosen Massen ausführt und die erregten Mengen mit Säbelhieben traktiert, das ist so das Bild, das man von Ungarn entrollen kann. Staat, Land und Gemeinden hüben und drüben scheren sich einen Pfifferling um die hungrigen Magen Tausender Proletarier, weil ja der ihre genug gesättigt ist. Die ungarländischen Gewerkschaften und Unterstützungsvereine haben auch in diesem schweren Krisenjahr ihre Aufgabe den Mitgliedern gegenüber getreulich erfüllt, und es ist nur zu wünschen, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse, wie es den Anschein hat, zum Besseren wenden. Wären die Organisationen der Arbeiter mit ihren so segensreichen Unterstützungs-einrichtungen nicht, hätte das Krisenjahr 1913 gewiß ganz andere, schärfere Formen angenommen.

Wenn wir den Bericht des ungarländischen Senefelder-Vereins für das Jahr 1913 betrachten, sehen wir, daß auch unsere ungarländische Bruderorganisation gegen alle jene maßlosen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, welche eine wirtschaftliche Krise hervorbringt, und daß ihr ganzes Bestreben darauf gerichtet war, den Verein sowie dessen Mitglieder gegen deren Folgen zu beschützen.

Der Bericht konstatiert, daß es der Vereinsleitung gelungen ist, die Kasse trotz der außerordentlich ungünstigen Verhältnisse vor einem Defizit zu bewahren. Auf der Generalversammlung des Österreichischen Senefelder-Bundes war der Verein durch seinen Obmann, Kollegen Albert Meister, vertreten, desgleichen auf dem Internationalen Kongreß der Lithographen, Stein-drucker etc., der vom 25. bis 28. August in Wien tagte und über den auch das Fachblatt »Litografia« ausführlich berichtet.

Die Gesamteinnahmen des Vereins betragen im abgelaufenen Jahre, dem 46. seines Bestandes, K 46 814,71, die Gesamt-Ausgaben K 43 949,56, es resultiert daher eine Mehreinnahme von K 2 865,15. Der Vermögensstand am 31. Dezember 1912 betrug K 77 330,32 und am 31. Dezember 1913 K 80 195,47. Das Vermögen des ungarländischen Senefelder-Vereins, per Kopf und Mitglied berechnet, ergibt für das Jahr 1913 einen Vermögensstand von rund 172 K, wenn wir 465 Mitglieder annehmen. Im Jahre 1911 betrug das Vermögen per Kopf und Mitglied 141 K, im Jahre 1912 161 K; wir sehen also eine beträchtliche Steigerung des Vereinsvermögens, auf das einzelne Mitglied aufgeteilt. Betrachten wir nunmehr die Ausgaben. Sie betragen an Krankenunterstützung, ärztlichen Visiten und Medikamenten rund 15 269 K (im Jahre 1912 13 214 K, im Jahre 1911 11 728 K), an Konditionlosenunterstützung 15 591 K (im Jahre 1912 11 842 K, im Jahre 1911 4 865 K), an Waffenübungsunterstützung 470 K, an Reiseunterstützung 610 K, an Invalidenunterstützung 869 K, an Waisenunterstützung 474 K, an Witwenabfertigung 50 K, an ärztlichem Jahrespauschale 1630 K, an Begräbniskosten 350 K, an Umzugskosten 60 K, für das Vereinsorgan »Litografia« 3006 K, an Lokalmiete 1200 K, der Rest verteilt sich auf diverse andere Ausgaben (Druckkosten, Remunerationen, Delegationen etc.). Die Unterstützung für Arbeitslose ist gegenüber dem Jahre 1912 um 32 Prozent und gegenüber dem Jahre 1911 um mehr als das Dreifache gestiegen. Aus dieser Ziffer allein sehen wir schon, wie arg die wirtschaftliche Krise in Ungarn gewüthet hat, wie schwer die Wunden sind, die die Kriegsgefahr geschlagen hat und die noch nicht verheilt sind. Einzelne Ausgabenposten, beispielsweise die Reiseunterstützung (im Jahre 1912 1043 K, im Jahre 1911 1013 K), die Umzüge und Begräbniskosten weisen eine Verminderung auf; daher kommt es auch, daß die Gesamtausgaben im Jahre 1913 um rund 526 K geringer sind wie im Jahre 1912.

Der Mitgliederstand betrug Ende Dezember 1913 465. Im Jahre 1914 betrug der Mitgliederstand 516, daher eine Verminderung in diesen zwei Jahren um 51 oder gegenüber dem Jahre 1912 um 14. Die Mehrzahl der Mitglieder, nämlich 230, sind Stein-drucker, dann folgen Lithographen und Kartographen 126, Chemigraphen und Lichtdrucker 101, Notenstecher 2, Kupferdrucker 2, invalide 2, unterstützende Mitglieder 2. Der Invalidenstand hat sich gegenüber dem Jahre 1912 um ein Mitglied vermehrt. Von diesen 465 Mitgliedern sind in Budapest 441, in der Provinz 24. Im Jahre 1912 betrug die Zahl der in Budapest befindlichen Mitglieder 443, der in der Provinz 36.

Ehe wir unsere Berichterstattung über die ungarländische Bruderorganisation abschließen, wollen wir noch kurz über den Stand des Fachvereins oder der ungarischen gewerkschaftlichen Organisation, der auch die Hilfspersonale angehören, einiges mitteilen. Der ungarländische Senefelder-Verein mußte ja bekanntlich, um nicht Gefahr zu laufen, sistiert zu werden, seinerzeit sein Statut ändern, und haben unsere ungarischen Kollegen, so wie die Österreicher es vor Jahren hatten, zwei Organisationen: einen Unterstützungsverein und einen Fachverein oder Gewerkschaft. Die Einnahmen des letzteren betragen 134 294,5 K, die

Ausgaben 142 733,69 K., daher eine Mehrausgabe von 844,24 K. Der Vermögensstand ist von 18 187,09 K. im Jahre 1912 auf 17 332,85 K. im Jahre 1913 gesunken, als Folgeerscheinung der wirtschaftlichen Krise. Der Mitgliederstand betrug Ende Dezember 1912 969 und Ende Dezember 1913 961, davon sind 118 Lithographen und Kartographen, 225 Vordrucker, 130 Chemigraphen, 2 Notenstecher, 2 Kupferdrucker, 228 Hilfsarbeiter und 256 Hilfsarbeiterinnen. Die Mehrzahl der Mitglieder, nämlich 945, sind in Budapest, der Rest (16) in der Provinz. Nachdem der Bericht des Fachvereins nur in ungarischer Sprache erscheint und nicht zweisprachig, konnten wir uns nur auf das hauptsächlichste, das Zahlenmaterial, beschränken; es wäre vielleicht praktisch, auch diesen Bericht deutsch und ungarisch erscheinen zu lassen.

Wenn wir nunmehr zum Schluß unserer Berichterstattung über die ungarische Bruderorganisation schreiten, können wir unsere Kollegen im »österreichischen Ausland« zu den erzielten Erfolgen in dem Krisenjahr 1913 nur gratulieren und der Hoffnung Ausdruck geben, daß die bessere wirtschaftliche Konjunktur, die nun doch hoffentlich kommen muß, es ermöglichen wird, daß der Bericht über das laufende Jahr 1914 ein günstigeres Resultat zeitigt.

## Heiß contra Bauknecht und Barthel.

Im Namen des Königs!

In der Privatklagesache der Inhaber der Firma Heiß & Cie. 1. Georg Heiß in Köln-Sülz, Kerpener Straße 60 und 2. Robert Schuler in Köln-Sülz, Zülpicher Straße 290, Privatkläger, gegen 1. den Lithographen und Gewerkschaftssekretär Otto Bauknecht in Köln-Sülz, Zülpicher Straße 335, 2. den Redakteur Paul Barthel in Friedrichshagen bei Berlin, Viktorialstraße 25, Angeklagte, wegen Beleidigung hat das Königliche Schöffengericht in Köln in der Sitzung vom 28. Februar 1914, an welcher teilgenommen haben: Amtsrichter Frolich als Vorsitzender, Aug. Iwan, Arbeiterssekretär, Johann Wostmann, Rentner, als Schöffen, Aktuar Giesen, als Gerichtsschreiber, für Recht erkannt:

Die Angeklagten werden wegen Beleidigung durch die Presse, begangen durch Abdruck des Artikels »Herr Heiß auf Reisen« in Nr. 24 der Druckschrift »Graphische Presse« vom 13. Juni 1913; Bauknecht zu fünfundsiebzig Mark, Barthel zu einhundert Mark Geldstrafe verurteilt. An Stelle der Geldstrafen tritt im Nichtbefreiungsfalle für je 5 Mark ein Tag Haft.

Den beleidigten Inhabern der Firma Heiß & Cie., Georg Heiß und Robert Schuler wird die Befugnis zugesprochen, den verfügenden Teil des Urteils binnen 2 Monaten nach Rechtskraft des Urteils auf Kosten der Verurteilten öffentlich bekannt zu machen. Die Bekanntmachung soll durch je einmaligen Abdruck des erkennenden Teiles dieses Urteils in den Druckschriften »Graphische Presse«, »Allgemeiner Anzeiger für Druckereien« und »Deutsches Stein-druckgewerbe« erfolgen.

Die Kosten des Verfahrens fallen den Verurteilten zur Last.

## Brief aus Oberschlesien.

Viele Außenstehende können sich von Oberschlesien keinen rechten Begriff machen und merkwürdige Ansichten werden laut, wenn von diesem Landstrich die Rede ist. Ein langjähriger Kenner dieser südöstlichen Ecke Deutschlands, Parteisekretär Otto Hörsing in Beuthen (O.S.) hielt vor einigen Wochen in Breslau einen beachtenswerten Vortrag, den auch die Breslauer »Volkswehr« ihren Lesern brachte und der wohl verdient, in unserem Kollegenkreise bekannt zu werden. Die Kunst, und auch unser Beruf, der ja eine Kunst sein soll, fordert naturgemäß geübte Wege, d. h. gute wirtschaftliche Verhältnisse. Die Jünger der Kunst müßten demnach das größte Interesse an der Gesunderung der wirtschaftlichen Verhältnisse zeigen. Mithin geschieht es aus Liebe zur Kunst, wenn wir uns an dieser Stelle mit dem Thema: *Wie sieht es in Oberschlesien aus?* mit Hilfe des Hörsing'schen Vortrages beschäftigen.

Was ist nun unter Oberschlesien zu verstehen? Eigentlich ist es der Regierungsbezirk Oppeln. Doch wird, selbst in Oberschlesien, der Begriff Oberschlesien ganz anders gedeutet. Die westliche Hälfte des Regierungsbezirkes will gar nicht als Oberschlesien bezeichnet werden. Und doch ist diese unbedeutendere als die östliche Hälfte, das eigentliche Oberschlesien, wozu die Kreise Beuthen, Kattowitz und Zabrze gehören. Dieses Industrie-revier wächst von Monat zu Monat. In diesem verhältnismäßig kleinen Gebiet wohnen 1 1/4 Millionen Menschen, wovon 1/4 Millionen Proletarier sind. Der Religion nach ist Oberschlesien zu 85 Prozent katholisch. Zum Schrecken des Zentrums gibt es auch hier, seit kurzer Zeit, einige Religionslose.

Wirtschaftlich beherrschen dieses Land einige Magnaten, die nicht nur die größten Industriebesitzer, sondern auch die größten Rittergutsbesitzer sind, die Herren Graf Ballestrem, Fürst Hendel-Donnersmark, von Thiele-Winkler, Borsig, von Glesche,

Graf von Schaffgotsch, Fürst von Pleß, Fürst von Hohenlohe, Herzog von Railbor usw. Sie wohnen zwar nicht hier in Oberschlesien, nennen es aber ihr Eigentum und beherrschen es. Hier wohnen andere Leute: die Generaldirektoren, Geheimräte und Kommerzräte. Die Liste ihr sehr lang. Aber so bezeichnend wie diese Liste, so wichtig ist auch, was diese Personen verdienen, die über das Proletariat walten und schalten. Es steht zwar nirgends geschrieben, aber es ist in Oberschlesien kein Geheimnis, daß ihr Mindesteinkommen 250 000 Mark, ihr Höchsteinkommen wohl 1 Million beträgt. Der wirtschaftliche Schlaftruf aller dieser Leute ist Kohle und Eisen! Und so aus betrachtet ist Oberschlesien durchaus nicht das schwarze Land, sondern das Land, wo Milch und Honig fließt in Gestalt des rollenden Goldes. Sonst wäre es unverständlich, warum alle die Fürsten und Grafen in das schwarze Oberschlesien gegangen sind. Leider fließt das Gold nur für wenige.

Es gibt wohl keinen Fleck in Deutschland, wo die Erdschätze so dicht gesät sind, wie in Oberschlesien. Auch der Boden für die Landwirtschaft ist erster Klasse. In 10 Meter Tiefe findet man Kalk, Granit und Sand, dann Galmel, und in 300 Meter Tiefe die gewaltigen Kohlenlager, die leichter abzubauen sind als in Rheinland-Westfalen. Die Flöze sind schon bei 300 Meter Tiefe etwa 13 Meter stark, in Westfalen nur 3 Meter. In 700 Meter Tiefe haben wir noch Flöze von 6—7 Meter Stärke.

Alle diese Schätze gehören nicht der Allgemeinheit, sondern den genannten wenigen Personen.

Wollte die Herrschaft auch sonst noch über eine große Kapitalmacht verfügen, drücken sie allem ihren Stempel auf. Sie vertreten die Hüften-vorteile; alles andere ist ihnen Nebensache.

Die Lebensweise der Arbeiter in Oberschlesien ist durchschnittlich schlecht. Die Löhne betragen 1912 im Durchschnitt 3,30 Mk. für den Kopf und die Schicht. Die Zahl der Beischichten (Überstunden) in den Gruben ist sehr hoch, wodurch der Durchschnittslohn künstlich in die Höhe geschraubt wird. Doch es soll auch hier gesagt sein, daß es in Oberschlesien gute Löhne gibt. In einer Grube gibt es auch Arbeiter, die bis 10 Mk. täglich verdienen. Aber diese Löhne sind ganz vereinzelt und dünn gesät; sie gründen sich oft auf Schmarotzereien.

Man versucht mit allen möglichen kleinen Mitteln das Volk zufriedenzustellen; es wird besonders viel in Wohlfahrt geleistet. Wohltätigkeiten, nicht hohe Löhne führen die Herren ein. Da finden wir, daß die Wohltäter mit den Strafen in Einklang stehen, daß man nichts zuzählt, sondern noch Geschäfte macht, und sich Wohltäter preisen läßt.

Dann haben wir in jüngster Zeit eine neue Erscheinung: das Erbauen von Werkwohnungen. Überall schließen diese Wohnungen wie Pilze aus dem Erdboden. Sie sind wohl angenehmer als die übrigen Wohnungen, aber wirtschaftlich und politisch werden die Arbeiter zu Sklaven herabgedrückt. Vor allen diesen Wohnungen prangen Schilder, wonach das Hausieren, das Zettelverteilen usw. nur mit Genehmigung der Verwaltung gestattet ist.

Die Arbeiter Oberschlesiens stehen dadurch auf einer ziemlich niedrigen Bildungsstufe, wozu noch der Klerikalismus kommt und der schädliche Schnaps, der großes Unheil, vor allem schlimme Verbrechen verschuldet. Nicht nur dem Schnaps ist dies zuzuschreiben, auch dem Fernhalten von allen gewerkschaftlichen Vereinigungen; denn nur ohne sie kann das Magnatenum so wirtschaften als bisher. Nicht die ober-schlesische Arbeiterschaft ist schuld daran, sondern das Kapital, dessen Gewinne um so höher sind, je dunkler und schwärzer es in Oberschlesien aussieht.

In diesem Dunkel ist glücklicherweise auch ein Lichtstrahl zu finden: das langsame Erwachen des Proletariats. Die freien Gewerkschaften haben in dem Industriebecken, wo 250 000 organisationsfähige Arbeiter wohnen, etwa 11 000 Mitglieder.

Das ist Oberschlesien und so sieht es darin aus. Es ist nicht das Sibirien, für das man es hält; denn es könnte ein Paradies sein, wenn es nur die Menschen wollten.

Es ist nun selbstverständlich, daß unter dieser miserablen Wirtschaftsform auch unser Beruf einen schweren Stand hat. Der Bevölkerung nach müßte sich für uns in Oberschlesien ein reiches Arbeitsfeld bieten. Aber wie sieht es denn in Wirklichkeit aus? Große wachsende Städte von 20—50 000 Einwohnern, wie Beuthen, Königshütte, Zabrze, Myslowitz usw. weisen nicht die kleinste Stein-druckerei auf. Die einfachen und notwendigen Drucksachen liefern die Buchdruckereien, die gerade auch nicht auf der Höhe der Zeit stehen, weil es eben hier nicht nötig ist. In den kleinen Stein-druckereien werden hingegen an die Kollegen große Anforderungen gestellt; sie müssen in den einfachsten wie auch schwierigsten Arbeiten tüchtig sein. Die immer mehr an Umfang zunehmenden Verwaltungen schreiben zur Einrichtung von eigenen Betriebsdruckereien. Sie stellen aber selten gelernte Kräfte ein. Dadurch wird auch hier unserm Beruf geschadet; denn der Kollegenkreis wird immer kleiner.

Wir sehen also, daß nur das Proletariat unsern Beruf halten und fördern kann. Es ist für unsern Beruf von hohem Nutzen, wenn die Kaufkraft der ober-schlesischen Arbeiter gehoben wird; denn die Kunst muß geübte Wege haben. N. K.

## Die photomech. Fächer.

### Nach der Kampagne.

III.

Das Mittel für die Verstärkung des Angebots von Arbeitskräften ist bekanntlich in Gewerben mit manueller Arbeitsweise die Ausbildung von Lehrlingen. Die Tatsache steht nun fest, daß die in den beiden Tarifperioden erreichten Verbesserungen unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen auf die Eltern schulentlassener Söhne eine starke Anziehungskraft ausüben. Hinzu kommt noch, daß die Chemigraphie als sogenannter »besserer Beruf« angesehen wird. Am meisten in kleineren Orten. Die dort befindlichen Firmen haben aber fast gar keine Möglichkeit, sich zu vergrößern. Sie können infolgedessen schon heute die fortlaufend von ihnen Ausgebildeten gar nicht als Gehilfen beschäftigen und sorgen für den Zustrom nach den größeren Druckorten. Um wieviel mehr käme das aber ohne Tarif in Frage. Es ist interessant, daß schon wiederholt Unternehmer unseres Gewerbes äußerten, die ihnen zugewandene Lehrlingszahl wäre das Allermeiste, um ihren Betrieb rentabel zu gestalten. Und was führen die Kollegen, die uns bisher fernstanden, als Hauptgrund für ihren Wiedereintritt in den Verband an? Sie könnten die helllose Lehrlings-, Volontär- und Überläuferwirtschaft in den tarifunreuen Firmen nicht mehr ertragen, und befürchteten schwere Nachteile für das Gewerbe. Wo in einem Gewerbe mit einem erheblichen Teil kleinerer Firmen und kleinerer Orte gerechnet werden muß, ergeben sich gerade unter tariflichen Zuständen Vorteile, die ohne feste Vereinbarungen schwerlich zu erreichen wären. Nicht zu vergessen, welche moralischen Wirkungen gerade von dem Charakter eines Tarifes als Reichstarif ausgehen. Lokaltarife sind dagegen nur ein Nothelfer. Welche Wirkung aber eine tariflose Zeit in der Lehrlingsfrage zeitigt, kann immer nur wieder an dem Beispiel der Buchdrucker illustriert werden. 1892 löste sich das Tarifverhältnis und bereits 1894 mußte durch die Statistik festgestellt werden, daß 4700 Lehrlinge mehr eingestellt worden wären, als nach der bis 1892 geltenden Skala hätten eingestellt werden dürfen.

Von besonderem Einfluß auf die Haltung der Gehilfenvertreter zum Tarifabschluß war selbstredend auch die technische Entwicklung. Die Stuttgarter Generalversammlung hat ihnen eigentümlich eine effektvolle Bestätigung der Richtigkeit ihrer Ansichten ausgestellt. Denn diese Generalversammlung tagte vollständig unter der Devise »technische Entwicklung«. Es ist sicher nicht zu unterschätzen, daß in 2 Jahren, von 1911 bis 1913, in Deutschland 30 Aetzmaschinen mehr in Betrieb genommen wurden, so daß Anfang 1913 insgesamt 93 Aetzmaschinen standen. Viel wichtiger ist jedoch, daß sich überhaupt in dem gesamten Reproduktionsverfahren eine Umwälzung vollzogen, deren Wirkungen noch gar nicht abzusehen sind. Gewiß, es wird noch viel laboriert und Kapitalfragen spielen eine große Rolle. Aber es gibt wohl heute nur noch wenige, die sich von dem alten Zopf nicht freimachen können, mit dem alle Neuerungen als zukunftslos beiseite geschoben werden. Xmal ist in den letzten Jahrzehnten bewiesen worden, daß der Kapitalismus und die in seinen Diensten stehende Wissenschaft und Technik unlösliche Probleme eben nicht kennt. Darum ist auch nicht vorauszu sehen, welche Fragen in 5 Jahren, beim Ablauf des Tarifes, im Vordergrund stehen. Durch den Abschluß des Tarifes sind wir wenigstens einigermaßen, soviel es in den Kräften einer Organisation liegt, vor Über-raschungen gesichert. Wenn auch zugegeben oder hervorgehoben werden muß: vorläufig nicht in befriedigender Weise.

Das waren im Wesentlichen die Gesichtspunkte, die vor etwas über einem halben Jahre die Gehilfenvertreter, nach schwerem Ringen mit sich selbst, bewog, die Verantwortung des Abschlusses auf sich zu nehmen. Es war nicht die Scheu vor dem Kampf an sich, sondern die Berücksichtigung der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Situation, die alle gewerkschaftlichen Organisationen zu vor-sichtigerem Operieren zwingt. Kein Zweifel bestand nach der einen oder anderen Seite über den materiellen Inhalt des Tarifes. Ausschlaggebend war, daß man das in zehn Jahren mühevoller Arbeit Erreichte nicht aufs Spiel setzen wollte, ohne wenigstens den Versuch gemacht zu haben, auf der neugeschaffenen Basis weiter vorwärts zu kommen. Beeinflußt wurde die Stellungnahme der Teilnehmer an den damaligen Verhandlungen durch den hinter ihnen liegenden Tarifabschluß der Buchdrucker und den Verlauf der Bewegung im Litho-graphie- und Steindruckgewerbe. Der Ausgang des österreichischen Buchdruckerkampfes wird sie nach-her ihre Stellungnahme nicht haben beweisen lassen. Sie waren fest überzeugt, daß es für das Gewerbe nicht von Vorteil war, wenn auf das ungewöhnlich strenge Organisationsverhältnis, unter dem sich die Chemigraphie entwickelt hat, eine Zeit folgte, in der alle Kräfte frei schalten und walten könnten. Das Letztere glaubten sie vor allen Dingen zu verflüchten, wenn sie es nicht wegen des einen Punktes, der gewissermaßen noch in der Luft hing,

zum Bruch kommen ließen. Beseelt von dem Vertrauen zur Organisation, mit deren Hilfe bisher Verbesserungen erreicht worden waren, und der es auch möglich sein wird, in der Zukunft in diesem Sinne zu wirken, vermieden sie den Bruch. So haben auch die vorliegenden Ausführungen nicht den Zweck, etwas zu beschönigen oder heraus-zureißen, ebensowenig können sie als die ganze Frage erschöpfend behandelnd angesehen werden. Sie sollen nur zum Nachdenken anregen und darauf hinweisen, daß einzig im Vertrauen zur Organi-sation, im festen Zusammenhalt der Kollegen die Gewähr geboten ist, durch die Fähnrisse der nächsten Tarifperiode zu kommen. gdt.

### Aus den Sektionen.

**Köln.** In unserer letzten Monatsversammlung kam eingangs ein Fall zur Sprache, wo die Nach-schneiderarbeiten in einem hiesigen Betriebe von einem Holzschneider im Akkordlohn ausgeführt werden, obwohl die Firma in der Lage ist, einen Nachschneider beschäftigen zu können. Dieser tarif-lich unzulässige Fall wird nach Beschluß der Ver-sammlung und nachdem die Verwaltung vergeblich vorstellig wurde, auf dem von der Firma selbst gewünschten Wege, durch Schiedsgerichtsbeschluß, erledigt werden. Daß ein solches Verhältnis so lange schon besteht und daß ein Teil der dort beschäftigten Kollegen dieser für sie so wichtigen Versammlung fern-bleibe, erweckte bei den Anwesenden starkes Miß-trauen. Nach längerer Aussprache wurde eine Re-solution einstimmig angenommen, die den ohne triftige Gründe fehlenden Kollegen ihr Mißtrauen auspricht. Im weiteren Verlauf der Versammlung brachte Kollege Hessel einen kurzen Vortrag über den Admetustag. Bei der darauffolgenden Dis-kussion ermahnte Kollege Reibholz zur eifrigen Mit-arbeit für unsere Klassengenossen.

## Photogr. Mitarbeiter.

### Nutzloses Bemühen des Zentralverbandes.

Klagen über die ungünstige Lage des Photo-graphen-Berufes werden in den Vereinen und Innungen in fast jeder Versammlung seit Jahren erhoben. Wir selbst wiesen schon wiederholt auf die oft tieftraurige Lage vieler Kleinmeister hin und daß die Innungen, trotz der, nach unserer Ansicht, zu weit gehenden Zwangsmittel im Kon-kurrenzkampf keine Besserung bringen können. In der mißlichen Lage, in der nun der Zentral-verband Deutscher Photographenvereine und Innungen dadurch steckt, daß den angeschlossenen Vereinen und Innungen alles mögliche versprochen wurde, versuchen dessen Leiter auf jede Art, Zwangsmaßnahmen zu erreichen, die einer Unter-bindung der Gewerbefreiheit gleichkommen würden. Vor uns liegt eine Petition an den Reichstag vom 16. Februar 1914, die von Herrn R. Schlegel als 1. Vorsitzenden des Zentralverbandes unterzeichnet ist. Diese Petition enthält Forderungen der beden-klichsten Art. Wir geben voll und ganz zu, daß von Reise- und Serienphotographen, die in den seltensten Fällen gelernte Fachleute sind, manchmal Ungehörigkeiten der größten Art vorkommen. Ebenso auch, daß das Treiben gewisser Printen-Anstalten direkt gemeingefährlich ist. Aber mit neuen Gesetzen und Vollmachten zu Zwangs-maßregeln gegen die unliebsame Konkurrenz ist hier nicht viel zu helfen; zudem man für einen verhältnismäßig kleinen Beruf nicht besondere Gesetze von prinzipieller Bedeutung erlassen kann, die, auf das ganze geschäftliche Leben ausgedehnt, kolossal hemmend wirken müßten. Der Reichstag ging denn auch über diese Petition — wie so viele andere — zur Tagesordnung über. Nach Lage der ganzen Verhältnisse mußte auch die zu dem gleichen Zweck herbeigeführte persönliche Unter-redung, die die Herren Grundner und Schlegel am 21. Februar im Preussischen Handelsministerium hatten, von demselben negativen Resultat sein, wie die Petition vom 16. Februar. Denn trotz des versicherten Wohlwollens konnten die Regierungs-vertreter keine Hoffnung machen, daß die in Be-tracht kommenden Körperschaften in irgend einer Weise auf die Wünsche des Zentralverbandes und der Innungen eingehen würden.

Wir haben die Auffassung, daß einzig und allein die Selbsthilfe eine Änderung der Verhältnisse herbeiführen kann. Diese muß in einer besseren Ausbildung des Nachwuchses und in der Aufklärung des Publikums zum Verständnis für gute Bildwerke liegen. Wir konnten schon verschiedentlich darauf verweisen, wie die Arbeitersekretariate vieler Städte sich gegen die Printenangebote waudten und in ihren Jahresberichten, wie auch in der Arbeiterpresse vor solchen warnen. Die bürgerliche Presse lehnt die Aufnahme solcher Warnungen im Hinblick auf den Verlust der Inserate meistens ab. Ebenso wäre bei den Bildungsveranstaltungen der Arbeiterschaft die Möglichkeit zu geeigneten Vorträgen über die Bildniskunst in der Photo-graphie gegeben. Hierdurch würde eine viel größere Propaganda für die Gutes leistenden Photographen getrieben, als wie durch Zwangsmaßnahmen. Wir

haben stets erklärt, daß wir zu einer solchen gemeinsamen Arbeit bereit wären, wenn man die elementarsten Wünsche der Gehilfenschaft aner-kennen würde. Dann müßte aber eine Bekämpfung des Koalitionsrechtes, wie es bisher vielfach zutage getreten ist, unterbleiben. — Von der Regierung kann die Prinzipalfürsorge, trotz der steten Versiche-rungen des Wohlwollens, nichts erwarten, obschon manche Behörden in ihrem Entgegenkommen weiter geben, wie dies gesetzlich zulässig ist. — Im Gegenteil, die der Regierung und ihren Hinter-männern nahestehenden Kreise des Großkapitals suchen den Prinzipalen das ihnen rechtlich zustehende Urheberrecht illusorisch zu machen. Herr Schlegel selbst macht, in der Photographischen Chronik vom 18. März, auf derartige Praktiken des hoffähigen Söderischen Verlages in Berlin aufmerksam. Man sieht, wo es auf den Profit ankommt, nutzt der Kapitalismus den ihm politisch dienenden so ge-nannten Mittelstand genau so aus wie den Arbeiter. Nur daß der letztere schon längst zu dieser Er-kenntnis gekommen ist; der sogenannte Mittelstand aber noch nicht.

Die vielfach in Aussicht gestellte Aufhebung des § 100 q der RGO. wird aber trotz aller Mühen des Zentralverbandes nicht kommen. Jede gegen-teilige Behauptung beruht entweder auf Unkennt-nis der Verhältnisse oder absichtlicher Irreführung. w. h.

## Die Tapetenbranche.

### Zum Formstecher-Arbeits-nachweis.

Wenn wir uns in den Nrn. 6 und 8 der Gra-phischen Presse mit unserm jetzigen Arbeitsnach-weis beschäftigten, so zeigen uns die Berichte von Coswig und Hildesheim die Unhaltbarkeit des jetzigen Systems zur Genüge. Nicht allein von diesen beiden Orten, sondern von anderer Seite liegt nun auch Material in der Zentrale vor. Und dies zeigt uns, daß wir auf dem Wege sind, der uns der Richtige anerkannt werden muß, nämlich dem, daß die Formstecher wohl mit dem Arbeits-nachweis auskommen können, der für die Litho-graphen und Steindrucker besteht. Wieso es noch des Schwanzes an dem § 39 Abs. 2 a für die Form-stecher bedürfte, also in der Verschiedenartigkeit unseres ganzen Arbeitsverhältnisses gegenüber den andern Berufen begründet sein soll, will uns nicht einleuchten. Hat doch unsere jetzige Einrichtung bei den Steindruckern Erregung hervorgerufen.

Das Auffallende an den beiden Berichten von Coswig und Hildesheim ist nun, daß gerade in diesen Orten die Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht die Besten sind, man also wohl weiß, daß diese Orte nicht gut bei den Stechern im Ruf stehen. So versucht man, um Leute zu bekommen, falsche Lohnangaben zu machen! Sollen wir glauben, daß hier ein Irrtum von Seiten der Unternehmer vorliegt, wenn man derartige hohe Löhne angt. Oder ist man der Ansicht, wir kämen nicht mehr hinter solche Schilde, weil die Aufkunsftseiereller außer Kurs gesetzt worden sind?

Wenn wir mit unserm Artikel, bezüglich der Anmerkung des Nachweisers, bis jetzt gewartet habe, so geschah es, damit die übrigen Filialen erst mit ihrer Ansicht heraussprechen sollten. Wäre hierin nicht eine übergroße Laubheit, so läge gewiß schon mehr Material vor betrefis der Lohnangebevel der Unternehmer.

Es ist auch wirklich nicht gleichgültig, daß ein Vertrauensmann nichts mehr erfährt, wenn ein neuer Stecher anfängt.

Wenn wir in dieselbe Kerbe hauen wollten, wie unser Nachweiserführer, indem er sagt, jetzt hat es den Krefelder Kollegen der Arbeitsnachweis an-gehen, so können wir dies insoweit verstehen, daß ihm wohl unsere Erhebung über die Helmarbeiter nicht gefallen hat. Sonst wüßten wir nicht, wo seine Worte hinielen sollten.

Ist denn nun alles gut, was man vom grünen Tisch aus den Stechern diktiert? Wenn dieser Arbeitsnachweis nicht in Wiesbaden gemacht sein soll, was wir ja glauben müssen, so hätte man doch erwarten dürfen, daß es von der Zentrale aus in einer andern Art und Weise bekannt werden müßte. Es wären dann nicht viele Kollegen um ihre Reiseunterstützung gekommen. Für uns gilt es nicht die einzelne Person anzugreifen, sondern das System.

Ebenfalls wollen wir noch darauf hinweisen, daß der schlimmste Krebsknoten unseres Berufes, die Helmarbeit, endlich bei der Tarifierneuerung einmal gründlich unter die Lupe genommen werden muß.

Die Sektion der Formstecher Krefelder.

Die Menschen müssen als denkende und er-kennende Wesen ihre Lebensbedingungen, d. h. ihre sozialen Zustände und alles, was damit zusammen-hängt, zielbewußt beständig ändern, verbessern und vervollkommen, und zwar dergestalt, daß für alle Menschenwesen gleich günstige Daseinsbedingungen vorhanden sind. Jeder einzelne soll seine Anlagen und Fähigkeiten zu seinem eigenen wie zum Wohle der Gesamtheit entwickeln können; er darf aber nicht die Macht haben, anderen oder der Gesamt-heit zu schaden. Babel.



# Feuilleton.

## Es muß doch Frühling werden!

Und dräut der Winter noch so sehr  
mit trotzigen Gebärden,  
und streut er Eis und Schnee umher:  
Es muß doch Frühling werden!

Blast nur, ihr Stürme, blast mit Macht,  
mir soll darob nicht bangen,  
auf leisen Sohlen über Nacht  
kommt doch der Lenz gegangen.

Da wach die Erde grünend auf,  
weiß nicht, wie ihr geschehen,  
und lacht in den sonnigen Himmel hinauf  
und möchte vor Lust vergehen.

Drum still! Und wie es frieren mag,  
o Herz, gib dich zufrieden;  
es ist ein großer Malentag  
der ganzen Welt beschieden.

Und wenn dir oft auch bangt und graut,  
als sel die Höl! auf Erden,  
nur unverzagt dir selbst vertraut!  
Es muß doch Frühling werden!

Emanuel Geibel.

## Der fossile Mensch.

(Schluß.)

Die uns zurzeit bekanntesten Menschenreste nun sind erst in allerjüngster Zeit gefunden worden. Am 12. August 1908 wurde in einer der vielen Höhlen bei Le Moustier in Südwestfrankreich das Skelett eines 16-18jährigen Mannes ausgegraben, dessen Alter auf 400000 Jahre bestimmt werden konnte. Die Skelettknochen befanden sich noch in ihrem ursprünglichen Zusammenhange und wiesen durch ihre eigenartige Lage zueinander auf eine ehemalige Bestattung hin. Außer dem Gilielmaßskelett, dessen Röhrenknochen kurz und plump geformt waren, zeigte auch hier der Schädel zahlreiche tierische Merkmale auf. Der Kieferteil ließ eine besonders kräftige Entwicklung erkennen. Er zeigte eine an die Menschenaffen erinnernde, mit einem fürchterlichen Gebiß versehene Schnauzenform. Der Gehirnteil trat dem Kiefertell gegenüber in seiner Ausbildung stark zurück. Die großen Augenhöhlen standen weiter auseinander wie bei heutigen Menschenrassen und die Nase war äußerst breit, flach und tief eingesattelt. Die Augenbrauenknochenwülste waren auch hier vorhanden, wenn auch der Jugend des betreffenden Individuums wegen noch schwach entwickelt; die Stirn war auch hier überaus flach und niedrig. Die Schädelhöhe war kleiner als die der niedrigsten heute lebenden Menschenstämme. Der überlegende Verstand war also, das dürfen wir wohl daraus schließen, noch recht dürftig ausgebildet. Dem Unterkiefer mangelte, wie dem der Menschenaffen, das den Menschen charakterisierende vorstehende Kinn, und auch der sonstige Bau der Unter- und Oberkieferknochen und deren Anordnung zueinander wies darauf hin, daß die Sprache nur erst schwach entwickelt sein konnte.

Der älteste aller bisher genannten menschlichen Überreste endlich ist am 20. Oktober 1907 von Professor Schötenack in einer Sandgrube beim

Dorf Mauer unweit Heidelberg in Gestalt eines Unterkiefers gefunden worden. Sein Alter muß auf Grund einer genauen Altersbestimmung seiner Fundschicht auf mindestens 1 1/2 Jahrmillionen festgesetzt werden. Lediglich die Zähne lassen diesen Unterkiefer, der übrigens vorzüglich erhalten ist, als den eines Menschen erkennen. Die Form des Kiefers selbst aber, dem ebenfalls der menschliche Kinnvorsprung fehlt, ist so eigentümlich abweichend von der bisher gefundenen fossiler Menschenkiefer, besonders auch in der Ausdehnung des Unterkieferkörpers und seine Äste, das man ihn ohne Zögern für den eines großen Menschenaffen halten könnte. Der Heidelberger Unterkiefer erscheint so noch bedeutend primitiver, noch weitläufiger tierähnlicher gestaltet als alle bisher aufgefundenen Menschenaffenunterkiefer.

Außer den hier angeführten Funden von Menschenaffen sind noch eine Anzahl ähnlicher Funde in verschiedenen Ländern Europas gemacht worden. Es würde zu weit führen, sie alle hier zu behandeln. Auf jeden Fall konnte bei all diesen Gebelnen von Menschenaffen die Tatsache festgestellt werden, daß auch sie eine gewisse Affenähnlichkeit in ihrer Schädelbildung aufwiesen, die desto stärker sich ausprägte, je älter die betreffenden Knochen sind.

Wie ist nun diese Tatsache zu erklären? Das sieht wohl jedermann sofort ein, daß da die von Virchow dereinst vorgeschlagene Erklärungsweise völlig versagt. Es hieße geradezu Unglaubliches behaupten, wenn wir mit Virchow annehmen wollten, daß alle die bei den aus ganz verschiedenen Zeiten und Ländern herrührenden Menschenaffen aufgefundenen Affenähnlichkeiten nichts anderes seien als durch Krankheit erworbene abnorme Bildungen. Da gibt es nur eine stichhaltige wissenschaftliche Erklärung, das ist die, die schon von Schaffhausen dem Neandertalschädel gegenüber angewandt worden ist, und die in der Behauptung gipfelt, daß deshalb die Menschenaffen, besonders aber die Schädel, eine mehr oder weniger auffallende Affenähnlichkeit verraten, weil die Menschen aus den Menschenaffen ähnlichen Wesen sich entwickelt haben. Und deshalb sind diese Affenähnlichkeiten desto stärker ausgeprägt, je älter die betreffenden Knochenreste sind, weil eben die ältesten Menschen um viele Jahrhunderttausende jenem Zeitpunkt, da aus Menschenaffen allmählich Menschen wurden, näher stehen als die späteren Menschenformen, bei denen sich im Laufe der weiteren Entwicklung die Affenmerkmale schließlich immer mehr und mehr abgeschliffen und verloren haben. M. H. Baegle.

## Vom Büchertisch.

Das Frühjahrs-Programm der Freien Hochschule Berlin, das soeben erschienen ist, enthält über 70 Vortragsreihen und 5 Einzelvorträge. Vertreten sind alle Wissensgebiete: Philosophie, Bildende Kunst, Musik, Literatur, Volkswirtschaft, Handelswissenschaften, Naturwissenschaft, Medizin, Technik, Photographie, Vortragskunst, Zeichnen, Stenographie usw. — Besonders hervorzuheben sind Wanderungen unter Führung von Dozenten in die Mark und nähere Umgebung Berlins und mehrtägige Studienreisen. — Einen breiten Raum nehmen die Sprachkurse ein: Englisch, Französisch, Italienisch, Lateinisch, Russisch, Spanisch und Deutsch für Ausländer sind mit je mehreren Zyklen vertreten. — Die Vorlesungen beginnen am 16. April und folgende Tage. Wir können diese wichtigen Vorlesungen allen weiterstrebenden Kollegen warm empfehlen.

In Freien Stunden. Eine Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Heft 10 bis 12. Preis pro Heft 10 Pf.

Von den Halbmonatsschriften: Le Traducteur, The Translator, Il Traduttore zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache sind die Nummern 5 und 6, Jahrgang 1914, erschienen. Verlag des 'Taducteur' in La Chaux de Fonds (Schweiz). Bezugspreis: halbjährlich 2,75 Franken.

Das Werk „Die Welt in Waffen“ erscheint in 60 reich illustrierten Lieferungen à 20 Pfennig. Alle Kriege der Neuzeit werden ausführlich behandelt, so z. B. Der polnische Aufstand 1830. — Die Revolutionskriege 1848/49. — Der Krimkrieg 1853. — Der Krieg um die Einigung Italiens. — Garibaldi und seine Freischärler 1860. — Der nordamerikanische Bürgerkrieg 1865. — Der deutsch-österreichische Krieg 1866. — Der deutsch-französische Krieg 1870/71. — Der russisch-japanische Krieg 1904. — Der italienisch-türkische Krieg 1911. — Die Balkankriege 1912/13. Bestellungen auf das durchaus zu empfehlende Werk nehmen alle Parteilbuchhandlungen, Speditionen und Kolportage entgegen, die auch auf Verlangen Probehefte kostenlos liefern. Bis jetzt erschienen Heft 1-17.

Das Koalitionsrecht in Deutschland. Gesetze und Praxis. Im Auftrage der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands bearbeitet von S. Nestriepke. Preis 1,— Mk. Verlag der Vorwärts-Buchhandlung, Berlin SW 68, Lindenstraße 69.

Die in den Parlamenten, in der Tagespresse und der öffentlichen Diskussion behandelte Frage des Koalitionsrechtes der Arbeiter veranlaßte die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands die Sammlung eines umfangreichen Materials herauszugeben. Die Veröffentlichung stützt sich im wesentlichen auf Gerichtsentscheidungen, die im Auszug wiedergegeben sind und behandelt in kritischer Betrachtung im Anschluß hieran die in der Rechtsprechung zum Ausdruck gekommenen grundsätzlichen Auffassungen. Sie stellt im Gegensatz zu den harten Urteilen gegen Arbeiter, die sich an Streiks beteiligen, die milde und oft inkonsequente Stellungnahme der Gerichte zu den Vergehen der Unternehmer und den Gewalttaten der Streikbrecher. Nach einem geschichtlichen Rückblick auf die Gestaltung des Koalitionsrechtes in der Gesetzgebung wird vom Standpunkte der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter die Ausgestaltung des Koalitionsrechtes gefordert, vor allem für die Erwerbsgruppen, die heute dieses Rechtes entbehren. In der Schrift ist der Nachweis geführt, daß die Arbeiter gegenwärtig unter ein Ausnahmerecht gezwungen werden, das mit aller Rücksichtslosigkeit gehandhabt wird. Eine weitere Verschärfung dieses Zustandes bedeutet für die Arbeiterklasse die vollständige Aufhebung einer gleichen Rechtsstellung im Wirtschaftsleben. Die schon heute unerträgliche persönliche und politische Bevormundung der Arbeiter, besonders in großkapitalistischen Unternehmungen, würde immer weitere Ausdehnung erfahren. Daß sich die Arbeiter hiergegen zur Wehr setzen, muß als ihr unantastbares Recht gelten und darin sollten alle übereinstimmen, die nicht in der Arbeiterklasse nur ein Material zur Verwendung für kapitalistische Zwecke erblicken.

## Stellenangebote

**Maschn.-Retuscheure**  
die Gutes leisten, gegen hohen Lohn sofort gesucht; ferner ein erfahrener **Auto-Ätzer.**

Köhler & Lippmann, Braunschweig.

## Verschiedenes

„**Matt-Lack**“ Bester Farbenzusatz gegen Kleben, Hart-, Blankwerden und Aufreiben der Abdrücke, Rinnen d. Farbe. Preis Kilo Mk. 3,50, bei 10 Kilo Mk. 3,—.

„**Harmalein**“ Vorzüglicher weißer Trocknenstoff in Paste, kein Herunterwischen der Farben mehr. Auch beim Chromo- und Buntdruck verwendbar, da jede Farbe gut abhebt. Kilo Mk. 3,50.

„**Bronsol**“ Gibt feststehende glatte Bronze, auch bei losen, ungeeigneten Papieren. Preis Kilo Mk. 4,—. Gegen Nachnahme. Kunden erhalten neuestes Tonschutzrezept gratis. F. Hantke, Hamburg 22, Vogelweide 5. [300] Verschiedene Firmen des In- und Auslandes verdrucken im Vorjahre bis 140 kg dieser Präparate.

## Graphische Fachklassen

Buchdruck, Satz, Lithographie, Steindruck, Photomechanische Verfahren. Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Prospekt frei. Kunstgewerbeschule

Barmen

## Wischwalzen-Schläuche

ohne Naht für Steindruck-Schnell-Pressen liefert **Edm. Behnisch, Luckenwalde** Vertreter an allen größeren Plätzen. la Zeugnisse.

## Fachliteratur.

Der praktische Umdrucker. Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf  
Der Aluminiumdruck (Algraphie). Von K. Weilandt. Preis inkl. Porto 85 Pf. Zu beziehen durch: **Conrad Müller, Schenkowitz.**

## Roulett., Fadenstichel

**Fräser u.s.w.** In bester Ausführung fertigt **Carl Neumann, vormals G. König, Berlin SO., Manteuffelstr. 31.**

## Frankfurt a.M.-Mainz (Gau VII).

Chemigraphen Frankfurt a. M. - Offenbach: Vorsitzender Karl Hensele, Frankfurt a. M., Wittelsbacherallee 139, I.

## Freiburg i. B.

Auskunftsleiter und Kassierer ist **Emil Rehm, Freiburg i. B., Betzenhausen 377.**

## Hof-Göhlenau.

Vorsitzender und Auskunftsleiter ist **Josef Knerich, bei Herrn Jung, Hof-Göhlenau (Bezirk Breslau).**

## Achtung! Köln a. Rh.!

Vorsitzender: **Emil Link, K. Nippes, Florastr. 87.** Kassierer: **Jos. Niehoff, K.-Sülz, Blankenheimerstr. 21.** Auskunftsleiter für Chemigraphen: **Willy Unger, wohnt jetzt Köln, Weißenburgstr. 51.**

## Nürnberg II

Lithographen und Lichtdrucker. Ab 1. April ist die Adresse des Vorsitzenden und Auskunftsleiters: **Wilh. Schatz, Löbleinstr. 52, I.**

## Achtung! Solingen!

Die Adresse des Vorsitzenden und Auskunftsleiters ist jetzt: **Max vom Steeg, Flurstr. 8, I.**

Um Angabe der Adresse des Lith.

## Karl Tempel

aus Nürnberg ersucht **E. Herbst, Leipzig, Zeltzerstr. 32 III**

## Warnung!

Alle Mitgliedschaften werden gebeten sofort die Adresse des früheren Lichtdruckretuscheurs

## Max Schneider

aus Koburg, zuletzt als Tiefdruckretuscheur in der Rotophot zu Berlin beschäftigt, an unterzeichnete Verwaltung einzuseenden und nähere Auskunft einzuholen.

Die Verwaltung der Kupfer- und Tiefdrucker Berlins. **Emil Henseke, Berlin-Britz, Rungiusstr. 34.**

Unsere lieben Kollegen

## Karl Häfele

sagen wir beim Fortzug von Chemnitz ein

## herzliches Lebewohl

und wünschen ihm viel Glück im neuen Wirkungskreise.

Die Chemnitzer Kollegen.